Nr. 69. Halle (Saale), Donnerstag, den 22. März 1917. 28. Jahrg.

Das Volksblatt erscheint jeden Werktag nachmittag. Der monatliche Bezugspreis beträgt 80 Pf. frei ins Haus. Durch die Post 70 Pf. oder vierteljährlich Mk. 2,10 ohne Bestellgeld.

„Die Neue Welt" (wöchentlich erscheinende Unterhaltungs-Beilage) kostet monatlich 10 Pfg.

Schriftleitung: Harz 42/44. Fernsprech. 1046 Sprechstunde: werktags von 12—1 Uhr mittags.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Die Anzeigengebühr beträgt für bis 40 mm breite Nonpareillezeile ob. deren Raum 20 Pf., für auswärtige Anzeigen 25 Pf., Anzeigen unter Text (60 mm breite Reklamezeile) 75 Pf.

Anzeigen für die nächste Ausgabe sind bis morgens 10 Uhr in der Geschäftsstelle oder bis 9 Uhr in den Filialen aufzugeben. (Größere Anzeigen möglichst am Tage vorher).

Hauptgeschäftsstelle: Harz 42/44. Fernsprecher 1047 Geöffnet: werktags ununterbrochen 9 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Deutscher Heeresbericht.

Großes Hauptquartier, 22. März 1917. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Zwischen Lens und Arras kam es nach lebhaftem Artilleriefeuer zu Gefechten von Erkundungstrupps. Im Landstrich beiderseits von Somme und Oise verliefen Zusammenstöße vorgeschobener Abteilungen für uns günstig. Bei Chaunes und Missy auf dem Nordufer der Aisne sind französische Bataillone zurückgeworfen worden. — Auf dem linken Maasufer wurde durch Feuer auf die feindlichen Gräben ein sich vorbereitender Angriff niedergehalten. — Von Vorstößen in die französischen Linien am Aisne-Marne-Kanal, nordöstlich von Berdun, bei St. Mihiel und am Westhang der Vogesen im Plaine-Tal brachten unsere Sturmtrupps 40 Gefangene zurück. — Drei feindliche Flugzeuge sind abgeschossen worden. Das von Prinz Friedrich Karl von Preußen geführte Flugzeug ist von einem Fluge über die feindlichen Linien zwischen Arras und Péronne nicht zurückgekehrt.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern. Bei Saberesina, östlich von Lida, drangen unsere Stoßtrupps in 4 Kilometer Breite über die vorderen russischen Gräben bis zur zweiten Stellung durch, zerstörten nachts die Verteidigungsanlagen und kehrten mit 225 Gefangenen, zwei Maschinenkanonen, sechs Maschinengewehren und 14 Minenwerfern zurück.

An der Front des Generaloberst Erzherzog Joseph und bei der Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Mackensen lebte die Gefechtstätigkeit auf.

Mazedonische Front. Die von unseren Truppen am 20. März gewonnenen Höhen nördlich von Monastir waren gestern das Ziel starker französischer Angriffe, die sämtlich fehlschlugen. Gleichen Mißerfolg hatte ein schwächerer Vorstoß in der Seen-Enge.

•

Kämpfe auf dem geräumten Gebiete im Westen. W. T. B. berichtet offiziös: In Regen und Schneetreiben versuchen Engländer und Franzosen den Deutschen über das geräumte und zerstörte Gebiet zu folgen. Das Tempo ihres Vormarsches wird durch die deutschen Kavallerie- und Infanterie-Sicherungen bestimmt. Bei den Versuchen, die deutsche Postenkette zu zerreißen, erlitten die Engländer in dem ihnen unbekannten Gelände schwere Verluste. Bei einem Dorfe südlich von Arras lagen auf engstem Raume 52 tote Engländer. An einer zweiten Stelle lagen 200 tote Engländer dicht beieinander. Zwei Bataillone, die in einem riesigen gesprengten Straßentrichter sich festzusetzen versuchten, wurden von der deutschen Artillerie unter schweres Vernichtungsfeuer genommen. Unter dem einschlagenden Granathagel blieb ein großer Teil tot auf dem Platze. Der Rest ging eilig zurück. Auch sonst fügten die deutschen Batterien, die genau eingeschossen sind, und aus gut vorbereiteten Beobachtungsstellen das geräumte Gelände weithin übersehen, den nachrückenden Alliierten schweren Schaden zu. Auffahrende Batterien der Alliirten litten in gleicher Weise wie Truppenansammlungen auf den Straßen auf schanzende Infanterie unter dem schweren deutschen Feuer. Die Franzosen hatten am 20. versucht, mit stärkeren Kavallerie-Abteilungen Roupy nordöstlich Ham zu besetzen, mußten es jedoch am Nachmittag wieder räumen. Ein Angriff, den sie mit zwei Bataillonen aus der Gegend von Beurn-Clameet, nordöstlich Soissons, versuchten, scheiterte unter schweren Verlusten. Auf den Höhen westlich der Maas, wo allen französischen Ablenkungsversuchen zum Trotz die genommenen Gräben sämtlich in deutschem Besitz verblieben, ist die Beute auf 8 Offiziere, 546 Mann, 33 Maschinen- und Schnellladegewehre und 3 Minenwerfer gestiegen.

Elsaß bleibt die Streitfrage! L. A. meldet aus dem Haag: Nach einer aus Le Havre hier eingegangenen Meldung äußerte sich der frühere Verkehrsminister in einem Gespräch mit belgischen Sozialisten: Der Franzose trägt kein Haß gegen Deutschland nur auf der Zunge, der Engländer dagegen trägt ihn im Herzen. Wir würden selbst dann ganz unabhängig von England Frieden schließen, wenn Deutschland mit uns auf der Grundlage einer dauernden Verständigung mit Frankreich über die Zukunft von Elsaß-Lothringen verhandeln wollte.

Meldungen vom U-Boot-Kriege.

Lissabon, 21. März. Nach einer amtlichen Meldung haben zwei deutsche Unterseeboote gestern die vier Fischerfahrzeuge Rita Segunda, Flor de Abril, Senora del Rosario und Restaurador angegriffen und versenkt.

Bern, 21. März. (W. T. B.) Der gesamten französischen Presse ist die Veröffentlichung der amtlichen deutschen Meldung über das Ergebnis des deutschen U-Boot-Krieges im Februar von der Zensur nicht zugelassen worden.

Einberufung des amerikanischen Kongresses.

Washinton, 21. März. Reutermeldung. Wilson hat eine außerordentliche Session des Kongresses für den 2. April einberufen.

In einer Meldung aus Washington behauptet die von Ententeseite bediente Neue Korr., hohe Beamte hätten erklärt, daß Wilson den Kongreß zu einer außerordentlichen Sitzung einberufe, um die Erklärung abzugeben, daß die durch die Torpedierung amerikanischer Schiffe durch deutsche Tauchboote geschaffene Lage den Kriegszustand mit Deutschland ohne Kriegserklärung bedeute. Wilson habe ein sofortiges Vorgehen zur See beschlossen.

Auch Lansing soll (zu Zeitungsberichterstattern in Washington) gesagt haben: „Meine Herren! Die Lage ist zu ernst, als daß ich darüber äußern dürfte." Hochgestellte amtliche Personen gehen zu, daß nach der Versenkung der drei amerikanischen Dampfer an einem Tage auf Vermeidung eines Zusammenstoßes keine Hoffnung mehr besteht. — Der Marineminister in Washington übertrug den Staats-Marinewerften den Bau von 200 kleinen U-Bootjägern. Bei Privatwerften wurde eine gleiche Anzahl bestellt.

Die russische Revolution.

„Der Sieg der russischen Sozialisten."

Unter dieser Ueberschrift bringt die agrarkonservative Deutsche Tageszeitung die folgende Meldung aus Stockholm, in der sich Grimm und Enttäuschung nur schlecht verbergen: „Was alle Kenner Rußlands in den letzten Tagen vorausgesagt haben, ist eingetroffen. Auf Mirabeau-Miljukow folgt Robespierre-Tscheidse. Der Wohlfahrtsausschuß der Arbeitervertreter ist heute mächtiger als die Duma. Seinem Willen muß in Petersburg wenigstens gehorcht werden. Wie die Provinz und vor allem das Heer an der Front die neue Wendung aufnehmen werden, ist mehr als ungewiß. Noch ist das monarchische Gefühl in den weitesten Schichten des russischen Volkes so fest eingewurzelt, daß Väterchen Zar und seine Großfürsten weit mehr Vertrauen im Volke haben als die Professoren in den Städten, die von dem russischen Muschik durch eine Welt getrennt sind. Rußlands eigene Kultur ist zu tief im Volk eingewurzelt, als daß ein Staatsstreich von Intellektuellen, die im Dienste Englands und Frankreichs stehen, im russischen Reich das Unterste zu oberst kehren kann. Viel eher haben die ganz Radikalen Aussicht, mit ihrem kommunistischen Programm, das dem russischen Volkscharakter nahe genug liegt, die Massen für sich zu gewinnen."

Revolutionäre Unterströmungen.

Kopenhagen, 21. März. (W. T. B.) In den letzten Tagen aus Rußland in Haparanda eingetroffene Nachrichten enthalten immer zahlreichere Anzeichen einer revolution. Der Gegensatz zwischen dem Volksausschuß der Duma und den Arbeitern tritt immer schärfer hervor. In Petersburg besteht jetzt die Auffassung, daß die Arbeiter in den nächsten Tagen eine Gegenrevolution veranstalten werden, um den Abschluß des Krieges herbeizuführen. Die sozialistengruppe im Ausschuß handelt auf eigene Hand und trifft selbständige Maßnahmen. — Nicht allein eine Gegenrevolution der Arbeiter wird vom Ausschuß befürchtet, sondern auch eine solche von Seiten der Großfürstenpartei und der Bureaukratie. Auch das Heer betrachtet man nicht als ganz sicher. Eine allgemeine Meuterei des Heeres wird für unvermeidlich angesehen, wenn der Dumaausschuß sich den Forderungen der Arbeiterpartei beugen und die Republik erklären sollte. Die provisorische Regierung ließ alle Wachtposten verstärken. Die Truppen werden in den Kasernen bereitgehalten. Sie befinden sich unter dem Kommando von Offizieren, die von der Regierung selbst dazu bestimmt sind. Die Nachricht von der Abdankung des Zaren wurde in Petersburg vielfach mit dem Rufe: Es lebe die Republik! begrüßt. (W. T. B.)

Ein sozialistisches Friedensmanifest.

Wie der Frankf. Zeitung aus Stockholm gedrahtet wird, gelangte mit Umgehung der noch immer streng gehandhabten Zensur über die finnische Grenze das Original des angeblich am vorigen Sonntag erlassenen Aufrufs des Zentralen Ausschusses der russischen Arbeiterpartei in Petersburg. Dieser Aufruf richtet an das Proletariat aller kriegführenden Länder die Aufforderung, sofort die Waffen niederzulegen und den nur im Dienste kapitalistischer Interessen geführten Krieg einzustellen. Für Rußland fordert die russische sozialistische Partei Enteignung alles privaten Eigentums sowie des im Eigentum der Krone befindlichen Grundbesitzes und dessen Verteilung an die Bauern. Der Arbeiterausschuß, der den größten Teil des Heeres auf seiner Seite habe, werde, falls die reaktionären und bürgerlichen Mächte dem siegreich begonnenen Werk der Völkerbefreiung entgegenzutreten wagten, seinen Forderungen Nachdruck zu geben wissen.

Der über den Gang der Revolution gutunterrichteten schwedischen Zeitung Politiken wird aus Petersburg berichtet, daß die Arbeit nicht aufgenommen wurde. Alle Menschen haben sich mit Waffen und Munition aus den Arsenalen versehen. Auf den Straßen herrscht größte Unsicherheit.

Die Arbeiter fordern Frieden

und sind mißgestimmt über das neue Regime. Es ist nicht ausgeschlossen, daß eine neue Revolution, gegen den Krieg gerichtet, ausbricht. — In dem Aufruf der russischen sozialdemokratischen Revolutionäre, der sich in schärfsten Worten gegen die vorläufige Regierung wendet, heißt es u. a.: Arbeiter! Ihr seid die Träger der russischen Umwälzung. Ihr wollt

Freiheit, Brot und Frieden.

Traut nicht den Versprechungen des Bürgertums. In euren Händen sind die wichtigsten Industriebetriebe. Haltet euch bereit für die Befehle, die das Arbeiterkomitee an euch richten wird. Wir fordern sofortige Einleitung von Friedensverhandlungen."

Die Organisation der Arbeiter und Soldaten.

Bern, 21. März. Temps meldet aus Petersburg: Ein gemischter, aus Arbeitern und Soldaten bestehender Ausschuß tagt im Taurischen Palast. Die Anhängerzahl der beiden Ausschüsse wächst. Am 20. März waren bereits 1600 Mitglieder eingeschrieben, von denen jedes einzelne 1000 Arbeiter oder eine Kompagnie vertritt. Die Ausschüsse verlangen dringend die Einberufung der konstituierenden Versammlung, in der Hoffnung, diese werde die Republik proklamieren. Sie verlangen ferner die Entfernung aller Romanows.

Der Zar gefangengesetzt!

London, 21. März. Das Reuterbureau meldet aus Petersburg: Die Regierung hat angeordnet, daß der frühere Zar und seine Gemahlin als Gefangene betrachtet werden und nach Zarskoje Selo gebracht werden sollen. General Alexejew wird den Abgeordneten Bonjour, Verschinine, Grihommine und Kalinine, die nach Mohilew gegangen waren, ein Detachement zur Bewachung des Zaren zur Verfügung stellen. — Der Zar wird von den Blättern in Petersburg nur noch Nikolaus Romanow genannt.

Um die neue Regierungsform.

In verschiedenen Blättern heißt es, russische Armeekreise und der hohe Klerus hielten die Ausrufung des Großfürsten Nikolajewitsch zum Zaren für wünschenswert. Vereinzelte Volksvertreter würden ihn unter allen Großfürsten bevorzugen, aber der äußerste linke Flügel sei grundsätzlich antidynastisch und besonders gegen die Person Nikolajewitsch, dessen diktatorische Eigenschaften früher oder später sich geltend machen könnte.

Kundgebungen der Duma-Regierung.

Petersburg, 21. März. Die provisorische Regierung veröffentlicht ein Manifest, das die finnische Konstitution völlig bestätigt und ihre volle Anwendung anordnet. Das Manifest gewährt außerdem eine weitgehende politische Amnestie und schreibt für die nächste Zeit die Einberufung des finnischen Landtags vor.

Ein weiterer Ukas der provisorischen Regierung lautet: Indem wir den gebietlichen Forderungen des nationalen Gewissens Folge leisten, ordnen wir im Namen der historischen Gerechtigkeit und zum Andenken an den endgültigen Triumph des neuen Regimes, das sich auf Recht und Freiheit gründet, eine allgemeine politische Amnestie an.

Die Regierung hat weiter einen Aufruf an die Armee erlassen, sie möge sich ihre Solidarität und Disziplin ungeschmälert erhalten, um den Krieg zu gewinnen, da die Neugestaltung im Innern von der Sicherheit der militärischen Verteidigung abhänge.

Die Flotte hält zur Revolution.

Eine amtliche Mitteilung über die Unruhen, die am 16. d. M. abends auf den Schiffen der Ostseeflotte stattgefunden haben, besagt: Ein Teil der Flotte sprach dem Höchstkommandierenden der Flotte, Admiral Nepenin, sein Vertrauen aus, während ein anderer Teil sein Mißtrauen zum Ausdruck brachte. Während der Unruhen wurde ein Teil der Offiziere getötet oder verwundet. Die provisorische Regierung schickte zwei Abgeordnete, denen es nach einigen Verhandlungen gelang, die Ruhe wiederherzustellen und die Flottenmannschaften zu bewegen, sich der neuen Regierung anzuschließen. Es herrscht nun wieder vollständige Ruhe bei der Flotte. Unglücklicherweise wurde Admiral Nepenin am 17. März getötet.

Die Schwarze-Meer-Flotte hat sich der neuen Regierung angeschlossen.

Die Opfer der Petersburger Straßenkämpfe. Nach übereinstimmenden Nachrichten betragen die Opfer der Petersburger Straßenkämpfe mindestens 4000 Tote. Die Zahl der Verwundeten ist nicht annähernd abzuschätzen, soll aber mindestens das Doppelte betragen. Die Krankenhäuser und Militärlazarette sind überfüllt.

Ein Anschlag gegen Kerensky? Petersburg, 20. März. (Reutermeldung.) Ein Rittmeister suchte heute unter dem Vorwande, daß er einen Brief überreichen müsse, Zutritt zum Justizminister Kerensky zu erhalten. Er erregte Verdacht und wurde einer Leibesuntersuchung unterzogen. Dabei stellte sich heraus, daß er keinen Brief, wohl aber einen Revolver bei sich trug. Der Offizier wurde verhaftet; er erschoß sich mit seinem Revolver.

Die neue französische Regierung

hat gestern in der Kammer und im Senat ihr allgemeines Programm bekanntgegeben. Die verlesenen Ministererklärungen versichern die feste Entschlossenheit Frankreichs, den Krieg bis zum Siege fortzusetzen und bezeichnen es als festen Entschluß, die abermals geraubten Provinzen wieder zu gewinnen und die gebührenden Wiedergutmachungen und Bürgschaften zu erlangen, um einen dauernden Frieden auf der Grundlage der Achtung vor den Rechten und der Freiheit der Völker vorzubereiten. Die Regierung begrüßt die Volksbefreiung in Rußland, die sich ohne Anwendung von Gewalt vollziehen möge. Die Regierung weist darauf hin, daß alle überflüssigen Ausgaben unterdrückt werden müssen, damit die öffentlichen Mittel bis zum Kriegsende ausreichen. Zum Schluß erklärte die Regierung, nur noch eine Partei, die französische, zu kennen.

Aus dem Landtage.

Im Preußischen Abgeordnetenhause

wurden am Mittwoch eine Reihe von Anträgen erledigt, die teilweise recht einseitig agrarische Wünsche enthielten. Ein Antrag, Hausschlachtungen in noch größerem Umfang als bisher zu ermöglichen, wurde abgelehnt, nachdem Redner der Linken auf die für die Volksernährung geradezu verhängnisvoll gewordene Entmielung der Hausschlachtungen hingewiesen hatten. Ein Antrag des nationalliberalen Abg. Fürbringer, den durch militärische Kriegsmaßnahmen geschädigten Bodenorten an der Nord- und Ostsee durch Notstandsdeichen zu helfen und ihnen Beihilfen zu gewähren, fand Annahme. In der Debatte hierüber hatte Genosse Boenisch dem Wunsche Ausdruck gegeben, daß nach diesem so lange dauernden Kriege die nervenstärkende Wohltat eines Seeaufenthalts auch den weniger bemittelten Schichten möglich sein möchte. Schließlich wurden kleinere Petitionen beraten. Das Haus hofft, am Donnerstag in die Osterferien gehen zu können.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219170322-14/fragment/page=0001

Durchhalten und – Sozialpolitik.

Deutscher Reichstag.

88. Sitzung. Mittwoch, den 21. März, nachmittags 1 Uhr.

Die zweite Beratung des

Etats des Reichsamts des Innern

wird beim Titel Staatssekretär fortgesetzt. Hierzu ist von den Abgg. Albrecht und Genossen (Soz.) eine Resolution beantragt, die auf dem Verordnungswege **die Arbeitszeit in den Bureaus der Rechtsanwälte, Notare usw. um 6 Uhr abends beendigen und acht Stunden täglich nicht überschreiten lassen will.** Für offene Verkaufsstellen soll der **7-Uhr-Ladenschluß** angeordnet werden. Ferner sollen schleunigst neue für das ganze Reich gültige **Arbeiterschutzvorschriften, bessere Unfallverhütungsvorschriften** erlassen werden. Weiter wird der Reichskanzler ersucht, die Kräfte der Abteilung für Arbeiterstatistik erheblich zu vermehren und für sozialistische Feststellungen und sonstige für die Verbesserung des Arbeiterschutzes im Kriege dringend notwendige Arbeiten heranzuziehen. Außerdem wird noch eine Verordnung mit rückwirkender Kraft vom 1. Januar 1917 verlangt, durch die als Kriegsmaßnahme die auf Grund der Gesetze über die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung gezahlten **Renten um 50 Prozent erhöht werden,** und die Unfallrenten nach einem Jahresarbeitsverdienst umgerechnet werden, der sich nach den am 31. Dezember 1916 geltenden Ortslohnsätzen ergibt; auch wird noch gewünscht, zu den Unfallrenten einen **Zuschlag** zu bezahlen.

Ein Antrag Bernstein und Genossen (Soz. Arb.) verlangt schleunige **Aufhebung** des Gesetzes vom 4. August 1914, durch das die Möglichkeit der Unterstützung der Arbeiterschutzvorschriften für Arbeiterinnen und jugendliche Personen gegeben ist. Ferner eine Aenderung des Gesetzes über die Unterstützung der Kriegsfamilien, wonach **die Gemeinden zu Zuschlägen in Höhe von mindestens 50 Prozent verpflichtet werden,** wonach ferner den Gemeinden die Rückzahlung der bis zum 1. Oktober 1916 gezahlten Unterstützungen bis spätestens zum 1. Juli 1917 zugesichert wird, und wonach schließlich nach der Entziehung der Unterstützung für den Fall, daß der Kriegsteilnehmer zu Gefängnisstrafe von mehr als sechs Monaten verurteilt wird, **beseitigt** wird.

Abg. Mumm (Deutsche Frat.) spricht sich für eine großzügige Wohnungspolitik aus. Deshalb müsse die Kriegerheimstättenbewegung kräftig unterstützt werden. Der Wohnungsmot wird man aber nicht beikommen können, wenn man nicht erkennt, daß **Grund und Boden keine Handelsware sein darf.** Gerade unter dem Gesichtspunkte der Ernährung des deutschen Volkes brauchen wir im Osten als neues Siedelungsland, ein dem Deutschen Reiche zurückgewonnenes Kurland. — Besonders bewährt haben sich die Arbeitersekretäre, die die Interessen des Vaterlandes über die Standesinteressen gestellt haben. Das Reichsamt des Innern sollte daher seinen Widerstand gegen die Tätigkeit der Arbeitersekretäre bei den Arbeitskammern aufgeben, es wäre richtig, schon bei der Ueberleitung der Kriegs- in die Friedenswirtschaft zur Errichtung von Arbeitskammern zu kommen. — Der sozialdemokratische Antrag, die Invalidenrenten um 50 Prozent zu erhöhen, ist ohne Schädigung der Anstalten nicht durchführbar, man müßte den Anstalten sonst auch neue Einnahmen zuführen. — Der Mittelstand wird sich hoffentlich merken, daß der Abg. Hoch gestern ihn als überflüssigen Luxus hinstellte, den man sich nach dem Kriege nicht werde leisten können. (Sehr gut! rechts.) Vor allem ist nach dem Kriege eine erheblich erweiterte Sonntagsruhe notwendig. Man versteht es nicht, wenn man in der letzten Zeit aus einer Reihe großer Städte hören mußte: **Die Kirche ungeheizt, Lichtspiele geheizt.** (Hört, hört! rechts.)

Abg. Büchner (Soz. Arb.):

In das hohe Lied unserer Sozialpolitik kann ich nicht einstimmen. Auf diesem Gebiet ist in Deutschland noch viel zu wünschen. Meine Freunde meinen, die Sozialpolitik dürfe auch während des Krieges nicht vernachlässigt werden. Leider geschieht das zugunsten der kapitalistischen Interessen. **Zwischen Kapital und Arbeit besteht ein unüberbrückbarer Gegensatz.** Deshalb müssen wir aber um so mehr versuchen, das Staatsschiff im Interesse der Millionen von Arbeitern vorwärts zu treiben. An die Arbeiter werden im Kriege ganz ungeheure Anforderungen gestellt, während die Arbeitgeber die beste Gelegenheit zur Ausnutzung der Arbeitskräfte haben. Selbst in den Staatsbetrieben herrscht eine ganz ungeheuerliche Arbeitszeit auch für Frauen, deren Zahl in den Betrieben ganz ungemein zunimmt. Auch im Hinblick auf das Bevölkerungsproblem sollte die Regierung energische Maßnahmen

gegen die schrankenlose Ausbeutung der Frauen

und Jugendlichen ergreifen. Die Gewerbeaufsicht ist so zu gut wie ganz aufgehoben. Wenn es an Beamten fehlt, so sollte man Hilfskräfte aus den Kreisen der Arbeiter und Arbeiterinnen hinzuziehen. Wir haben durch den furchtbaren Krieg schon Hunderttausende unversehrter Invaliden. Darum muß die Gewerbeaufsicht erst recht ihr Hauptaugenmerk auf die Vermeidung von Betriebsunfällen richten. Zumal jetzt, wo das Hilfsdienstgesetz in Kraft gesetzt ist, von dem ja hauptsächlich die Arbeiter getroffen werden, denn **die reichen Nichtstuer haben schon lange irgend einen Unterschlupf gefunden.** (Sehr wahr! bei der Soz. Arb.) Wir beantragen daher, **daß die bei Ausbruch des Kriegs aufgehobenen Arbeiterschutzbestimmungen wieder voll in Kraft gesetzt werden.** Bei dem Unglücksfall in Berlin hat die Polizeiverwaltung wieder nur einseitige Berichte durchgelassen. Dadurch wird die Bevölkerung nur noch mehr beunruhigt. (Sehr wahr! bei der Soz. Arb.) Das Ausland erfährt doch alles, was vorkommt, genau so wie wir erfahren haben, daß im Ausland noch viel schwerere Explosionen stattgefunden haben. — Protestieren müssen wir dagegen, daß man jetzt die Kriegerfrauen unter Androhung des Entzugs der Unterstützung zur Arbeit zwingen will. Dr. Delbrück hat früher auf eine Beschwerde der Sozialdemokratie ausdrücklich anerkannt, daß **jede Frau die Selbstbestimmung darüber haben müsse,** ob sie bei ihrem Zustand, bei ihren Familienverhältnissen oder in Rücksicht auf etwaige Kinder in der Lage sei, außerhalb des Hauses eine andere als häusliche Arbeit anzunehmen. Dazu steht der neue Erlaß des Reichskanzlers in direktem Gegensatz. (Sehr wahr! bei der Soz. Arb.) Er gibt zu den schwersten sozialen Bedenken Anlaß, vor allem in Hinblick auf die **Wohlfahrt der Verwaisung der Kinder.** (Sehr wahr! bei der Soz. Arb.) Die Frauen haben während des Krieges schon genug zu leiden gehabt, man sollte ihnen nicht auch noch die Selbstbestimmung rauben.

Die Männer an der Front sind empört darüber, daß ihre Frauen zur Arbeit gezwungen werden sollen.

(Sehr wahr! bei der Soz. Arb.) Lediglich will man jetzt auch die Schulkinder zwingen, Landarbeit zu verrichten. Es heißt allerdings, die Kinder sollen zur Erholung aufs Land, aber der Zweck ist doch zu durchsichtig. (Sehr wahr! bei der Soz. Arb.) Das höchste Gut, das die Eltern ihren Kindern geben können, ist die Schulbildung, aber die Dorfschule kann sich mit der Stadtschule nicht messen. Und wer entschädigt die Angehörigen in Krankheitsfällen, erhalten die Frauen weiter die 15 Mk. Unterstützung für das Kind, wenn dieses aufs Land gebracht wird? Man sagt, es handelt sich darum, den Kindern die Lebensmittel auf dem Lande zuzuführen. Nun, wenn man Lebensmittel auf dem Lande hat, dann nur **her damit für die Arbeiter in den Städten.** (Sehr gut! bei der Soz. Arb.) Sehr zu begrüßen ist der Beschluß der Kommission über die

Erhöhung der Kriegswochenhilfe.

Das ist jetzt im dritten Kriegsjahre eine unabweisliche Forderung. Die Unkosten für die Erhöhung des Stillgeldes werden nicht allzu groß sein, weil die Zahl der Geburten abnimmt und die Zahl der Totgeburten steigt. Den Antrag der Sozialdemokraten in dieser Frage unterstützen wir. Dringend notwendig ist unser Antrag, die Gemeinden zu zwingen, 50 Prozent Zuschuß zur Reichsunterstützung zu zahlen. — Der Abg. Stresemann sprach gestern über den Klassenkampf und bezog sich auf den Aufsatz eines Gewerkschaftsführers Winnig in den Sozialistischen Monatsheften. Aber Winnig schreibt nur für seine Person, **die Arbeiter denken darüber ganz anders.** Herrschte nicht Burgfrieden, so würden sie ganz andere Maßnahmen gegenüber dem betreffenden Winnig ergreifen. Noch bedeutend weiter geht Herr Leinpeters in der Glocke. Auch auf den Leinpeters die Arbeiter nicht. Winnig scheint nicht zu wissen, daß sich die Unternehmer des Bangerwerbes zu einem großen Wirtschaftsbund zusammengeschlossen haben, nicht etwa um in Zukunft gegen die Rohstofflieferanten und deren Syndikate vorzugehen, sondern auch, **um gegen Lohnforderungen des aufstrebenden Proletariats gerüstet zu sein.** Wenn Winnig wirklich von einem neuen politischen System der Sozialdemokratie schreibt, so bedeutet das nichts anderes, als

Aufgeben der Grundsätze der Sozialdemokratie

und damit der Sozialdemokratie selbst. Davon rücken wir entschieden ab. Solange der Kapitalismus besteht, wird es auch einen Klassenkampf geben, denn Kapital und Arbeit sind unüberbrückbare Gegensätze. Jetzt unter dem Burgfrieden herrscht lediglich Kirchhofruhe. Das Großkapital aber geht aus dem Kriege ungeschwächt hervor.

das Kleinhandwerk, der Mittelstand ist vernichtet.

Was die kapitalistische Produktionsform in Jahrzehnten an kleinen Existenzen nicht beseitigen konnte, hat der Krieg über Nacht vollbracht. **Auch nach dem Kriege wird es Klassenkämpfe geben,** weil trotz der angeblichen Neuorientierung das System bestehen bleibt, und auf das System kommt es an. (Bravo! bei der Soz. Arb.)

Staatssekretär Dr. Helfferich:

Zur Frage der Teilung des Reichsamts des Innern scheinen mir doch die gegen die Teilung sprechenden Gründe die stärkeren zu sein. Die Einstellung unserer ganzen Wirtschaft auf den Krieg hat eine Beschleunigung und Verstärkung erfahren durch das Hilfsdienstgesetz, bei dessen Durchführung mit Schonung und Rücksicht verfahren. Das Bedauern über das **Anwachsen der Frauenarbeit** kann ich nicht ganz teilen, obwohl ich die Nachteile einer so intensiven Heranziehung der Frauen nicht verkenne. Aber wir sind im Krieg und

Brot und Granaten sind die Hauptsache.

Wir haben genügend Arbeitskräfte, wenn jeder Mann und jede Frau seine Schuldigkeit tun. Wir werden aber unterliegen, wenn wir versuchen zu tun, was die Schicksalsstunde verlangt, frei von Sentimentalität gegen den Feind und gegen uns selbst. Das mag hart klingen, aber nicht ich bin hart, sondern die Zeit ist hart. **Trauen werden Tausende und Abertausende bisherder Leben für das Vaterland geopfert. Auch unsere Feldherren haben ein fühlendes Herz, aber sie schicken die Truppen in den Tod, wenn das Vaterland es verlangt.** Der Sieg wird nicht ohne Opfer gewonnen. Auch wir müssen sehenden Auges Opfer bringen. Die Stillegung von Betrieben schädigt eine große Zahl von Existenzen und vernichtet manche dauernd, die wertvolle Bestandteile unserer wirtschaftlichen und sozialen Gemeinschaft sind. Wir können aber nicht auf Maßnahmen verzichten, die Kriegsnotwendigkeiten sind. Das gilt auch für die zahlreichen Wünsche des sozialdemokratischen Antrages. Sie scheinen mir die an sich zweifellos berechtigte Rücksicht auf den Arbeiterschutz doch in weitgehendem Maß über die Kriegsnotwendigkeit zu stellen. (Zustimmung rechts.) Einschränkungen der Schutzbestimmungen sind nur vorgenommen worden, wo in einzelnem Fall die Notwendigkeit vorlag; von der Befugnis generelle Ausnahmen zu gestatten, hat der Reichskanzler bisher keinen Gebrauch gemacht. (Hört, hört! rechts.) Man sagt,

wir zehren von Kapital Volkskraft.

Ich gebe das zu, aber es ist besser, als daß wir das gesamte Kapital verlieren.

Der Wunsch, die Wochenhilfe der Kriegerfrauen auch auf die Frauen der im Hilfsdienst tätigen Männer auszudehnen, ist berechtigt, und wir werden eine Form finden, ihn zu erfüllen. Die erhöhte Familienhilfe auch über den 1. Mai hinaus aufrecht zu erhalten, ist ein Wunsch, dem der Bundesrat wahrscheinlich entsprechen wird. Den Wünschen auf Erhöhung der Alters-, Hinterbliebenen- und Unfallrente läßt sich in der vorliegenden Form nicht entsprechen, aber die bereits zweimal bewilligten Hunderttausend Mark für Wohlfahrtszwecke lassen sich dazu verwenden. — Den Stellen, die über die Bedürftigkeit der Kriegerfrauen zu entscheiden haben, haben es zur Pflicht gemacht, ohne Engherzigkeit zu verfahren. Aber wir dürfen nicht zulassen, daß zahlreiche Frauen und Jugendliche, die arbeiten können, es nicht tun. Die Kämpfer an der Front müssen das Bewußtsein haben, daß ihre Familien keine Not leiden. Aber auch die Angehörigen der Kriegsteilnehmer müssen durchdrungen sein von dem Gefühl, Verpflichtungen gegen das Vaterland zu haben. Weigert sich eine Kriegerfrau, die nach ihren häuslichen Verhältnissen abkömmlich ist, und nach ihren körperlichen Kräften zu arbeiten in der Lage ist, so wird die Behörde anzunehmen haben, daß sie auf die Unterstützung verzichtet. Selbstverständlich darf das nur nach eingehender Prüfung und nach Mitteilung an die Frauen geschehen. Ich glaube, dieser Erlaß ist vernünftig und ich halte ihn aufrecht. (Bravo! rechts.)

Durch planmäßige Konzentration der Arbeitskräfte ist es gelungen, bisher durchzuhalten und wird es auch weiter gelingen. Aber die Riesenaufgabe, die das Schicksal uns gestellt hat, wird mit der Dauer des Krieges nicht leichter, sondern schwerer. **Unser Volk verdient höchste Bewunderung für den vaterländischen Sinn, mit dem es die letzten harten Monate ertragen hat;** es hat gezeigt, daß das Durchhalten keine Phrase ist, sondern bitterer Ernst, ein Teil seines moralischen Besitzstandes. Die Portionen sind schmal und deshalb **muß jeder, der über Vorräte verfügt, sie zur Verfügung stellen.** (Sehr richtig!) Wenn es überall im Lande bekannt ist, wie sich die städtische Bevölkerung einschränken muß, so wird diese Erkenntnis bewirken, daß jeder tut, was er kann, um dieser Einschränkung im Interesse des Vaterlandes abzuhelfen. Ich habe zum **Patriotismus der ländlichen Bevölkerung** dasselbe Vertrauen, wie zu dem der städtischen, der sich so glänzend bewährt hat. Ich hoffe, daß es gelingen wird, die Interessen der Produktion mit denen der Verbraucher zu versöhnen. Ein verhängnisvoller Irrtum wäre es, zu glauben,

daß Friede und Brot identisch sind.

Die schlechte Welternte ist kein Zufall. Wir werden in Deutschland in diesem Jahre umgehen so weit sein, daß wir so viel Salpeter produzieren, als ganz Chile vor dem Kriege. Trotzdem bekommt die Landwirtschaft nicht so viel wie sie braucht. Daraus leite ich ab, daß auch die nächsten Welternten schlecht sein werden. Trotzdem wir einer belagerten Festung gleichen, haben wir die niedrigsten Getreidepreise der ganzen Welt, und wir werden nach dem Kriege Vorkehrungen zu treffen haben, daß nicht Getreide von uns nach dem Auslande geht.

hereinkommen wird in neuerzeugtem Maße nichts.

Die Organisation, deren Zauberkraft im Anfang des Krieges überschätzt wurde, ist jetzt fast in Verruf gekommen. Das eine ist so falsch wie das andere. **Freies Spiel konnte man den Kräften des Wirtschaftslebens nicht lassen; das hätte zu Hungersnöten und ähnlichen katastrophalen Wirkungen führen müssen.** Mit der Preisregulierung allein ist nichts zu erreichen; das wußten wir aus den Erfahrungen der französischen Revolution. So blieb uns nur übrig, neue Organisationsformen zu finden, und ich möchte behaupten, unsere Kriegsgesellschaften haben sich, bei aller Kritik im einzelnen, gut bewährt. Gewiß, wenn wir heute den Krieg neu anfangen würden, würden wir manches anders machen. Die Kriegsgesellschaften sind ein Gebot der Not. Manches Praktische aus diesen Organisationen werden wir freilich auch in den Frieden hinübernehmen können, so vor allem das Zusammenarbeiten der Beamten mit den Kreisen der Erwerbsstände, **bei dem die Beamten zweifellos viel gelernt haben.** Unsere Sozialpolitik hat dazu beigetragen, daß **die Vaterlandsliebe und Vaterlandstreue in den großen Massen der arbeitenden Bevölkerung erhalten geblieben ist,** die sich jetzt so glänzend bewährt hat. Gegen die Behauptung, daß diese Sozialpolitik der Regierung und den herrschenden Klassen Schritt für Schritt habe abgerungen werden müssen, lege ich Verwahrung ein. (Bravo! rechts.) Die Sozialpolitik ist inauguriert durch die bekannten Kaiser-Erlasse, sie ist durchgeführt zum Teil gegen den Widerstand der Partei, deren Redner gestern diesen Vorwurf erhoben hat. (Sehr richtig! rechts. Widerspruch b. d. Soz.) Die Ausnahmen, die jetzt dem Kriege von der Sozialpolitik gemacht werden mußten, werden selbstverständlich nach dem Kriege wieder beseitigt werden und wir werden die Sozialpolitik fortführen. (Bravo!) Für die Truppen heißt die Parole: Den Feind schlagen, für uns heißt sie: durchhalten und arbeiten. In diesem Zeichen werden wir siegen. (Beifall.)

Abg. Molkenbuhr (Soz.):

Dem Staatssekretär halte ich das Wort Bismarcks entgegen: Wenn wir keine Sozialdemokraten hätten, hätten wir das bisschen Sozialpolitik auch nicht. Der Vorwurf, die Sozialdemokratie hätte die Sozialpolitik bekämpft, ist eine Verhöhnung aus dem Material des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. Ich verweise den Staatssekretär in dieser Beziehung auf die bekannte Rede Ludwig Bamberger's, in der er nachwies, daß die Kranken- und Invalidenversicherung eigentlich nur aus sozialdemokratischen Vorschlägen zusammengesetzt war und der deshalb meinte, man sollte dann lieber gleich Bebel zum Staatssekretär machen. **Also etwas Studium der Entwicklung des Reichs und der Reichsgesetzgebung könnte Herrn Dr. Helfferich nichts schaden.** (Sehr gut! b. d. Soz.)

Es ist bedauerlich, daß in dem Gesetz über die Familienunterstützungen überhaupt das Wort: „Bedürftigkeit" steht. Man sagt, die Frau, die sonst gearbeitet hat, soll auch jetzt zur Arbeit herangezogen werden, während doch die allerverschiedensten Umstände dazu führen können, daß eine Frau nicht arbeitet. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Der Offiziersfrau mutet man nicht zu, sich Arbeit zu verschaffen,

und dasselbe Recht muß jede Kriegerfrau haben. In vielen Fällen haben die Frauen auch deshalb keine große Neigung zur Arbeit, **weil der Arbeitsverdienst ihnen auf die Unterstützung angerechnet wird.** Arbeitsverdienst bis zu 1500 Mk. im Jahre sollte überhaupt nicht angerechnet werden dürfen. (Zustimmung b. d. Soz.) — Von den Arbeiterschutzbestimmungen sind so viele Ausnahmen gestattet worden, daß die Ausnahmen bereits die Regel geworden sind. (Sehr wahr b. d. Soz.) Diese Bestimmungen sind doch nicht erlassen worden zur Freude der Arbeiter oder zum Aerger der Unternehmer, sondern sie sind seinerzeit geboren aus der Not der Zeit, aus der Sorge für die Gesundheit der Bevölkerung, und diese Sorge muß gerade durch die Länge des Krieges besonders stark werden. Durch die übermäßige Arbeitszeit wird die Produktion auch keineswegs gefördert, **die Frau, die heute 11 und 12 Stunden arbeiten muß, würde bei neunstündiger Arbeitszeit dasselbe leisten.** (Lebh. Sehr wahr! b. d. Soz.) In den Ausführungen des Staatssekretärs habe ich ein Bild dessen vermißt, was nach dem Kriege kommen wird. Unser Wirtschaftsleben ist völlig umgestaltet, und daß man bei Friedensschluß das Wirtschaftsleben etwa wie eine vorgelaufene Uhr zurückstellen kann vom August 1914 ist doch ganz unmöglich. Das Wirtschaftsleben ist nichts Mechanisches, sondern organisches Leben, und was einmal geworden ist, ist da und mit dem muß gerechnet werden. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Wenn der Staatssekretär erst einmal sieht, was der Krieg auch im inneren Wirtschaftsleben zerstört und was er geschaffen hat, so wird er erkennen, daß er vor ganz neuen Aufgaben steht. **Wir können die Vergangenheit nicht neu beleben und müssen uns mit den neuen Verhältnissen der Gegenwart einrichten.** (Lebh. Sehr richtig! b. d. Soz.) Unser gewerblicher Arbeiterschutz ist zugeschnitten auf die Verhältnisse vor 25 Jahren. Deshalb muß mit dem Ende des Krieges eine den neuen Verhältnissen angepaßte Sozialreform eintreten. Tatsache ist, daß noch nie und nirgends der industrielle Aufschwung durch soziale Gesetze gehemmt wurde, im Gegenteil geht der Arbeiterschutz mit dem industriellen Aufschwung immer Hand in Hand. Die Steigerung der Leistungsfähigkeit des Volkes wird eine der größten Aufgaben nach dem Kriege sein. Ueberall muß dem Raubbau an der menschlichen Arbeitskraft Einhalt getan werden. Ebenso notwendig ist der Ausbau auf dem Gebiete des Versicherungswesens — ist doch die Kaufkraft des Geldes völlig verloren. Die Forderungen der Arbeiter liegen natürlich zunächst im persönlichen Interesse der Arbeiter, aber zugleich wird mit ihnen

den Interessen der Allgemeinheit gedient.

(Lebh. Zustimmung b. d. Soz.) Die bessere Stellung der Arbeiter ist notwendig, wenn wir nicht die intelligentesten Kräfte verlieren wollen an Amerika, wo infolge des riesigen Kapitalzuwachses ein großer Aufschwung erfolgen wird; Ingenieure, Techniker und Arbeiter wird man sich dort aus Europa holen, und wiederum wird Amerika, wie schon früher, von ein großer Schwamm wirken, der unsere geistigen Kräfte aufsaugt, wenn hier nicht vorgesorgt wird. Gewiß werden die Krieger, die ihre Heimat mit ihrem Blute verteidigt haben, nach ihrer Rückkehr lieber in der Heimat bleiben. (Lebh. Sehr wahr!) Aber die Verhältnisse in der Heimat müssen auch so gestaltet werden, daß Glück und Wohlstand für jeder möglich ist, und daß jeder seine Kräfte mit Freuden einsetzt, um eine schönere Zukunft herbeizuführen. (Lebh. Beifall b. d. Soz.)

Abg. Bartschat (Sp.) erörtert Handwerkerfragen. Trotz aller Not sieht das Handwerk ungebeugt der Zukunft entgegen.

Abg. v. Boehm (Kons.): Die Behauptung des Herrn Büchner, daß die Kinder aufs Land genommen werden, um als ländliche Arbeiter ausgenutzt zu werden, ist eine unerhörte Verdächtigung und zeigt auch große Unterschätzung der Arbeit der Landarbeiter. **Die Landwirte nehmen die Schulkinder aus reiner Menschenliebe auf das Land.** (Bravo! rechts.)

Abg. Horn (Soz. Arb.)

befürwortet den Antrag Bernstein auf Beseitigung der Ausnahmen der Arbeiterschutzbestimmungen (Namentlich muß Leben und Gesundheit der Frauen und jugendlichen Arbeiter geschützt werden.

Abg. Brühne (Soz.):

Die Kriegsverletzten dürfen nicht als Lohndrücker benutzt werden, wo das jetzt zum Teil schon geschieht. Das müßte die bitterste Stimmung unter den Arbeitern erzeugen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) — Mit der Aufhebung von Arbeiterschutzbestimmungen für Frauen hätte man nicht so voreilig sein sollen. Auf der andern Seite sollte man die vielen Dämchen, die jetzt noch arbeitslos auf der Straße herumlaufen, einmal in Munitionsfabriken stecken, damit sie lernen, was arbeiten heißt. (Sehr gut! b. d. Soz.) Der 7-Uhr-Ladenschluß wird hoffentlich nach dem Kriege beibehalten werden. Unsere vornehmste Aufgabe nach dem Kriege wird sein, uns der unglücklichen Kriegswaisen anzunehmen. Möge endlich dieser furchtbare Krieg ein Ende nehmen. (Bravo! b. d. Soz.)

Weiterberatung Donnerstag 1 Uhr. Schluß 8¾ Uhr.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219170322-14/fragment/page=0002

Umgestaltete Verkehrssteuer.

Von Willy Keil, M. d. R.

Der preußische Eisenbahnminister, der Vater der Verkehrssteuervorlage, ist bei den Erwägungen, welche Steuerlast er wohl dem Verkehr zumuten könne, rein zufällig auf die Summe von 315 Millionen Mark gekommen. Diese Ziffer erschien dem Hauptausschusse des Reichstags, mochte er an den Einzelheiten der Vorlage noch so viel auszusetzen haben, als eine geheiligte. Man konnte im Verlauf der Ausschußberatungen noch so durchschlagende Gründe für die Schonung bestimmter Verkehrsgebiete geltend machen, Gründe, die niemand zu widerlegen versuchte und zu widerlegen vermochte, die Antwort lautete stets: ja, aber die 315 Millionen müssen herauskommen! Wäre der Erfinder dieser Steuer auf einen Ertrag von 499 Millionen gekommen, so würde das die geheiligte Ziffer für den Ausschuß gewesen sein. Bei dieser Betrachtung der Dinge durch die bürgerlichen Parteien hatte natürlich die prinzipielle Bekämpfung der Verkehrssteuer, für die sehr gewichtige, besonders auch unseren Zeitverhältnissen entnommene Gesichtspunkte angeführt werden konnten, keinerlei Aussicht. Die Aufgabe der sozialdemokratischen Vertreter mußte daher darin bestehen, die Vorlage nach Möglichkeit so zu gestalten, daß die wirtschaftlichen und sozialen Volkskreise eingermaßen geschont werden.

Sehr viel ist's nicht, was nach dieser Richtung erreicht wurde. An den Umgestaltungen aber, welche die Vorlage erfuhr, haben die Mitglieder unserer Fraktion eifrig mitgewirkt. Sie hatten zunächst beantragt, die vierte Wagenklasse von der Steuer frei zu lassen, wie sie auch von der in Kraft befindlichen Fahrkartensteuer befreit ist. Die Rücksichtnahme auf den Einnahmeausfall, der auf 30,5 Millionen geschätzt wurde, und auf die Abwanderung der Fahrgäste von der dritten in die vierte Klasse bewog alle bürgerlichen Parteien zur Ablehnung des Antrags. Ein weiterer sozialdemokratischer Antrag ging dahin, die Fahrkarten im Preise bis zu 60 Pf. von der Steuerlast zu verschonen. Das entsprach wiederum dem geltenden Recht und diente zugleich dem in der Kriegszeit enorm wichtig gewordenen bevölkerungspolitischen Ziel, das gesunde Wohnen der Massen der Fabrik- und Bureauarbeiter außerhalb der Steinmauern der Großstädte zu erleichtern. Irgend ein sachlicher Gegengrund konnte nicht vorgebracht werden. Lediglich die 315 Millionen, die der Verkehr bringen müsse, entschieden gegen den Antrag. Selbst der Antrag der Fortschrittler, der nur Steuerfreiheit bis zu einem Fahrpreis von 30 Pf. gewähren wollte, fiel aus diesem Grunde. Und nicht einmal ein bereits zum Beschluß erhobener Zentrumsantrag, der diese Grenze auf 15 Pf. festsetzte, blieb bestehen, denn auch dabei würde ein Ausfall von etwa 20 Millionen entstanden sein. Man dehnte vielmehr die Steuer auf die kleinsten Fahrpreise und Fahrstrecken, also auch auf die Straßenbahnen aus, ermäßigte aber den Steuersatz für die Straßenbahnen, planmäßig fahrenden Omnibusse und Ueberlandautolinien auf 6 Prozent des Fahrpreises, während die Regierung 12 Prozent gefordert hatte. Vor dem 1. Juli 1918 soll übrigens die Besteuerung der Straßenbahnen und ähnlichen Betriebe nur dann in Kraft treten, wenn vor diesem Zeitpunkt eine Erhöhung der Tarife eintritt. Hoch- und Untergrundbahnen, bei denen der Herstellungspreis durchschnittlich mehr als 2 Millionen Mark für das Kilometer beträgt, kann der Bundesrat von der Steuer freistellen. In bezug auf die Besteuerung des Personenverkehrs der Eisenbahnen stimmte der Ausschuß der Vorlage zu, die die Fahrpreise der 1. Klasse mit 16 Prozent, der 2. mit 14 Proz., der 3. mit 12 Proz. und der 4. mit 10 Proz belastet. Unser Antrag, die Prozentsätze auf 20, 15, 10 und 5 zu bemessen, hatte einmal den Zweck, der Entlastung entgegenzuwirken, die der 1. Klasse bei weiten Entfernungen durch die neue Steuer, verglichen mit der alten Fahrkartensteuer, tatsächlich zuteil wird, sodann diente er der Schonung der Armen. Für eine Fahrt Berlin–Straßburg oder Berlin–Memel wird künftig der reisende Erstklassige weniger Steuer zu zahlen haben wie bisher, der Reisende 3. Klasse dagegen wird von 40 oder 60 Pf. auf 3 Mk. und mehr in der Steuer gesteigert, und der Reisende 4. Klasse wird für das Verkehrsgebiet, 800 Kilometer im Personenzug zurückzulegen, eine Last von 1,60 Mk. ganz neu zu zahlen haben. Auch bei diesem Beschluß war wieder richtungsgebend die geheiligte Ziffer: 315 Millionen. Daneben wirkte noch mit das Bestreben, die Abwanderung von den höheren in die niederen Klassen umzulenken in eine Aufwanderung von den niederen in die höheren. Wenn man aber das Publikum durch eine empfindliche und unverhältnismäßige Besteuerung der niederen Klassen zwingen will, die höheren Klassen zu benützen, so erinnert das an die Kuren des Dr. Eisenbart. Wozu noch kommt, daß — zumal in der nach Vereinfachung schreienden Zeit — nach dem Friedensschluß es nur erwünscht sein müßte, wenn die Zahl der Eisenbahnklassen vermindert und die Ausnützung der Wagenplätze gesteigert wurde.

Blieb bei der Besteuerung des Personenverkehrs infolge Ermäßigung des Steuersatzes für die Straßenbahnen immer noch ein Ausfall von etwa 17 Millionen, so suchte man diesen bei der Besteuerung des Güterverkehrs um der geheiligten Ziffer 315 Millionen Mark willen wieder hereinzubringen. Das war nicht leicht. Denn der gar zu einfache Regierungsvorschlag, den Güterverkehr durch die Bank mit 7 Proz. des Beförderungspreises zu belasten, hatte nicht nur bei unserer Fraktion, sondern auch in anderen Lagern, namentlich bei süddeutschen Abgeordneten, starke Bedenken geweckt. Bei dieser Besteuerungsart mußte die Gütererzeugung in den kohlen- und erzarmen Gegenden unverhältnismäßig schwer getroffen und die Konzentration der Großindustrie an den Stätten der Kohlen- und Erzgewinnung beängstigend gefördert werden. Dazu kommt noch die geplante Kohlensteuer, die in der gleichen Richtung wirkt. Den Vorschlägen, den Güterverkehr auf großen Entfernungen durch eine gestaffelte Steuer zu schonen, trat die Regierung mit dem Einwand der Berechnungs- und Erhebungsschwierigkeiten entgegen. Der Hinweis auf die ausgleichende Wirkung des beibehaltenen Frachturkundenstempels, der auf kurzen Strecken mehr belastet als auf weiten, gerührte aber dem Ausschusse nicht. Man kam daher schließlich zu einer sehr künstlichen Mischung von Frachturkundenstempel und prozentuierter Steuer auf den Beförderungspreis. Die Kohle, bei der die schwere Belastung auf weiten Strecken am schärfsten wirkt, nahm man aus der neuen Steuer ganz heraus, brannte ihr aber dafür einen gegen bisher verdoppelten Frachturkundenstempel auf. Erst im vorigen Jahr ist dieser Stempel für Wagenladungen von 20 Pf. auf 1 Mk. bei kurzen, von 50 Pf. auf 2 Mk. bei weiten Entfernungen erhöht worden. Jetzt soll er bei der Kohlenbeförderung 2 und 4 Mk. betragen! Das ist ein so rascher Aufstieg, daß man dringend wünschen muß, die Versicherung der Regierungsvertreter möchte gehalten werden, daß es sich jetzt um eine abschließende Verkehrsbesteuerung handle. Im übrigen Güterverkehr wird der Frachtstempel für Wagenladungen auf 1,50 bezw. 3 Mk. und bei Eilgut auf 3 bezw. 6 Mk. erhöht. Frachtstück- und Expreßgut soll 15 Pf. (bisher 10 Pf.), Eilstückgut 30 Pf. (20 Pf.) zahlen. Dazu kommt nun bei allen Gütern, ausgenommen die Kohle, die 1prozentige Besteuerung des Beförderungspreises. Der Ertrag dieses Gemischs von verschiedenartigen Steuererhöhungen und neuen Steuern bezifiert sich nach den Schätzungen fast genau wieder auf — 315 Millionen!

Viel wird an diesen Beschlüssen nicht mehr geändert werden. Wichtig ist das von unserer Seite scharf herausgehobene Zugeständnis des Schatzsekretärs, daß billigere Arbeiter- und Schülerkarten im Straßenbahnverkehr ebenso steuerfrei bleiben würden, wie im Staatsbahnverkehr. In den Gemeinden wird also nun für die Ausgabe solcher Karten zu wirken sein. Wichtig ist auch die Erklärung, daß die Durchführung der Fahrkartensteuer erst mit der geplanten Tariferhöhung, diese aber nicht während des Krieges erfolgen sollte. Das ändert aber nichts an unserem Gesamturteil über die Verkehrsbesteuerung. Der Verkehr wird durch diese Last zum Schaden des Wirtschaftslebens gehemmt, die Warenproduktion wird weiter verteuert werden. Das ist eine verderbliche Politik, die die Sozialdemokratie um so weniger mitmachen kann, als andere Quellen zur Beschaffung der jetzt erforderlichen Teildeckung der großen Kriegslast zur Verfügung stehen.

Politische Uebersicht.

Die Idlon-Konferenz.

Der Macher der gegen den Kanzler gerichteten Aktion, Graf Hoensbroech, macht auf Wunsch mehrerer Teilnehmer in einer Zuschrift an die Presse folgende Feststellungen:

1. Die „Eingaben" an den Kaiser, Reichstag, Hindenburg, die mit der Einladung zur Besprechung versandt wurden, waren „Entwürfe" und als solche bezeichnet, d. h. also, es waren Schriftsätze, die verbessert, von Grund aus verändert oder auch ganz verworfen werden konnten. 2. Von irgend welcher Bindung der Erschienenen auf die Eingaben-Entwürfe war so wenig die Rede, daß ich, als Vorsitzender, in der Einleitungsansprache ausdrücklich erklärte, Grundlage der Besprechung sei die völlige Freiheit und Ungebundenheit jedes Einzelnen; Uebereinstimmungen durch Mehrheiten, wie das in Parlamenten und sonst üblich sei, gäbe es hier nicht. 3. Das Recht, zu vertraulichen Besprechungen über vaterländische Dinge zusammenzukommen, und das Recht, Eingaben an den Kaiser, an den Reichstag, an Hindenburg zu machen, ist so selbstverständlich, daß darüber kein Wort zu verlieren ist. 4. Keiner der Eingaben-Entwürfe ist gewählt und deshalb auch keine der Eingaben gemacht worden."

Die Deutsche Tageszeitung fügt diesen höchst originellen Feststellungen noch hinzu, daß der Graf mit seinem Standpunkt völlig allein gestanden habe.

Wahlrecht und Armenunterstützung.

Wie der Berliner Lokalanzeiger hört, wird die Regierung die Beseitigung des politischen Odiums, das mit der Annahme von Familienunterstützungen im Wege der Armenpflege in Preußen noch immer verbunden ist, daß nämlich der Unterstützte des politischen und kommunalen Wahlrechts verloren geht, im Rahmen des Wahlgesetzes anstreben, das gegenwärtig in der Ausarbeitung begriffen ist.

Damit weiß man nun endlich, daß ein Wahlrechts-Entwurf in der Ausarbeitung begriffen ist. Hoffentlich werden über den Inhalt dieses Entwurfes bald nähere Angaben gemacht.

Die Kohlensteuer.

Der Hauptausschuß des Reichstages berief am Mittwoch über die Steuerbefreiung der Hausbrandkohle für die ärmere Bevölkerung. Dazu hatte die Volkspartei beantragt: Die Gemeinden und Gemeindeverbände sind berechtigt und verpflichtet, Einrichtungen zu treffen, die der minderbemittelten Bevölkerung den Bezug von Kohle für Hausbrandzwecke zum erträglichen festgesetzten Preis abzüglich der Kohlensteuer ermöglichen. Das Reich hat den Gemeinden und Gemeindeverbänden in diesen Fällen die ausbezahlte Kohlensteuer im voraus zu vergüten. Die näheren Anordnungen erläßt der Bundesrat. — Dazu hatten die Sozialdemokraten beantragt, daß statt der „minderbemittelten Bevölkerung" die genauere Bestimmung gesetzt werde: Die steuerfreie Hausbrandkohle soll durch die Gemeinden geliefert werden den Verbrauchersamilien, in Gemeinden der Ortsklasse A bei einem steuerbaren Jahreseinkommen bis zu 4000 Mk.; der Ortsklasse B bei einem solchen bis zu 3500 Mk.; der Ortsklasse C bei einem Jahreseinkommen bis zu 3000 Mk.; den Ortsklassen D und E bei einem solchen bis zu 2500 Mk. — Abg. Erzberger (Zentr.) empfahl einen anderen Weg, der zu demselben Ziel führen wollte. Er beantragte: Die Kohlensteuer ermäßigt sich von 20 auf 15. v. H. für Kohlen, welche die Werke auf Verlangen an Gemeinden und Gemeindeverbände nach näheren Bestimmungen des Bundesrats zu ersten Verkaufspreisen zu liefern verpflichtet sind. — Der Antrag wurde angenommen, doch soll er bis zur zweiten Lesung noch im Sinne des vorsichtrittlichen Antrages ergänzt werden.

Eine Bierdebatte.

Der Reichstagsausschuß für Ernährungsfragen besprach am Mittwoch Gerste, Malz und Bier. Abg. Dr. Mayinger (Zentr.) bringt die Malzschiebungen in Bayern zur Sprache. Ein abschließendes Urteil lasse sich nicht fällen, weil die Untersuchung noch schwebt. Doch solche Schiebungen kämen überall vor, nicht bloß in Bayern. Ministerialdirektor von Braun gibt Auskunft über die Verteilung der Gerstenmenge. Zuerst soll der weitere Heeresbedarf an Bier gedeckt werden. Nur wenn die gegenwärtige Umfrage bei den Brauereien mehr als 56 000 Tonnen Bestand ergibt, kann die Zivilbevölkerung weiter beliefert werden.

Abg. Ebert (Soz.): Es ist bedauerlich, daß die Gerstenschiebungen überhaupt stattfinden konnten. Wie war es nur möglich, daß Tausende von Möbelwagen mit Gerste ohne Kontrolle verladen wurden? Das Ministerium ist nicht eingeschritten, trotz der ihm gewordenen Mitteilungen. Hier trifft die bayerischen Aufsichtsbehörden ein schwerer Vorwurf. Die Schiebungen sind der Ausfluß niedriger Gesinnung; in Norddeutschland konnte man den Malz teurer verkaufen, weil keine Höchstpreise bestanden. Unverständlich ist auch, wie das Generalkommando in München wegen einer Abfindungssumme verhandeln konnte, solche Leute liefert man einfach dem Staatsanwalt aus. Die noch vorhandenen Bestände an Gerste und Malz müssen unbedingt zur Ernährung verwendet werden. Ueber den Heeresbedarf hinaus darf kein Bier mehr gebraut werden. In Berlin wird mit dem an sich minderwertigen Bier obendrein ein großer Wucher getrieben. Beim Ausschank erlangt man bis 80 Pf. für das Liter.

Abg. Wurm (Soz. Arb.): Der Streit zwischen Malzkaffee und Bier wird am besten durch Einführung von Biermarken geschlichtet, wonach es jedem freigestellt ist, sich Bier, Malzkaffee oder Graupen dafür zu erwerben. Die Abstinenten könnten bei ihrer Aufklärung über den Malzverbrauch nur die Zahlen bemühen, die ihnen bekannt waren, und deshalb hatten sie durchaus recht. Die Preisprüfungsstelle für Berlin hat bereits vor Weihnachten Höchstpreise für Bier festgesetzt, und zwar 57 Pf. pro Liter im Ausschank. Die Bengsteilstellen sollten Anzeige erstatten. — R. Batocki: Bei dem Mangel an Personal zur Kontrolle sei die Einführung von Bierkarten unmöglich. Es seien schon große Mängel bei den Brotmarken zutage getreten. Sind doch in einer verhältnismäßig kleinen Stadt allein 9000 Doppelzentner Mehl infolge Schiebungen verschwunden. Damit war die Diskussion geschlossen.

Vereinfachung der Rechtspflege.

Dem Reichstag ist ein Gesetzentwurf zugegangen, der eine Vereinfachung der Rechtspflege herbeiführen soll. Der Entwurf knüpft an die im Jahre 1910 vom Reichstag beratene Reform der Rechtspflege an, die damals nicht mehr zum Abschluß gelangt ist. In der Begründung wird darauf hingewiesen, daß zu prüfen ist, ob nicht ohne Schädigung der Allgemeinheit Kräfte, die durch die Rechtspflege in Anspruch genommen sind, in noch weiterem Umfang als bisher für andere Aufgaben freigemacht werden können. Bloße Verwaltungsmaßnahmen führen nicht zum Ziel. Weitere Kräfte können nur durch gesetzliche Maßnahmen organisatorischer Art gewonnen werden, die eine Verringerung des Aufwandes an Personen und Arbeit, die eine Verringerung des Aufwandes an Personen und Arbeit ermöglichen, ohne der Gewähr für eine geordnete Rechtspflege Abbruch zu tun. Die von dem Entwurf vorgeschlagenen Maßnahmen beziehen sich auf die Gerichtsverfassung, auf das Verfahren in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten und in Strafsachen. Die Amtsgerichte sollen bei Uebertretungen und Vergehen leichterer Art ohne Schöffen entscheiden. Strafkammersachen sollen noch mehr als bisher von dem Staatsanwalt an die Schöffengerichte gebracht werden können. Einige Schwurgerichtssachen sollen der Strafkammer zur Aburteilung zufallen. Die übrigen Bestimmungen bringen in der Hauptsache eine Herabsetzung der Zahl der Richter bei der Strafkammer als Berufungsinstanz, bei der Zivilkammer in erster Instanz und bei den Senaten der Oberlandesgerichte, eine Verringerung der Zahl der Geschworenen, eine Milderung des Verfolgungszwanges der Staatsanwaltschaft, eine Ausdehnung des Strafbefehls und eine Einschränkung der Privatklagen.

Die Schöffengerichte waren bisher zuständig außer für Uebertretungen auch für Vergehen, wenn keine schwerere Strafe als sechs Monate Gefängnis oder 1500 Mk. Geldstrafe zu erwarten war. Nach dem neuen Entwurf sollen die Schöffengerichte zuständig sein, wenn keine höhere Strafe als Gefängnis oder Festungshaft von einem Jahre oder Geldstrafe bis zu 3000 Mk. zu erwarten ist. Den Schöffengerichten können künftig auch Verbrechen zur Aburteilung überwiesen werden, z. B. bei Diebstahl, Betrug im Rückfall, wobei es sich vielfach um nicht besonders schwere Verfehlungen handelt.

Die Strafkammern sollen künftig von den Delikten, die dem Schwurgericht zur Aburteilung vorbehalten waren, überwiesen werden die Verbrechen der urkundenfälschung, des betrügerischen Bankrotts, der Depotunterschlagung, der Amtsverbrechen, der Verbrechen des Meineides und der Sittlichkeitsdelikte. In der Berufungsinstanz sollen die Strafkammern statt mit fünf, nur noch mit drei Richtern besetzt werden. Die Zahl der Geschworenen wird von zwölf auf sieben herabgesetzt; während bisher zur Verurteilung mindestens acht von zwölf Stimmen notwendig waren, sollen dann mindestens fünf von den sieben Stimmen zur Bejahung der Schuldfrage nötig sein.

Bisher mußte die Staatsanwaltschaft in allen Strafsachen, die zu ihrer Kenntnis gelangten, ein Verfahren einleiten und wenn die Verdachtsgründe ausreichend waren, Anklage erheben. Der Entwurf gibt der Staatsanwaltschaft die Befugnis, bei gewissen Strafsachen unter bestimmten Voraussetzungen von der Erhebung der Klage abzusehen. Bei der Auswahl der Tatbestände wurde davon ausgegangen, daß es der Staatsanwaltschaft erwöglicht werden soll, geringfügige Verfehlungen des täglichen Lebens unverfolgt zu lassen, soweit sie eine gerichtliche Ahndung nicht erheischen. Solche Verfehlungen sind Uebertretungen, ferner Vergehen, die nur mit geringen Freiheitsstrafen oder Geldstrafen bedroht sind, dann auch die Vergehen des einfachen Diebstahls, der Unterschlagung und des Betrugs, soweit es sich dabei um einen Gegenstand im Werte von höchstens 25 Mk. handelt. In allen diesen Fällen ist es in das Belieben der Staatsanwaltschaft gestellt, ob sie Anklage erheben will oder nicht.

Eine wesentliche Ausdehnung erfährt der Strafbefehl. Hinsichtlich der Freiheitsstrafen bleibt es bei dem bestehenden Höchstmaß von sechs Wochen; dagegen ist die Grenze der Geldstrafe, die bisher 150 Mk. betrug, beseitigt worden, so daß künftig Strafbefehle auf eine Geldstrafe in beliebiger Höhe lauten können.

Wesentlich eingeschränkt werden die Privatklagesachen, und zwar soll das Verfahren in solchen Sachen nur eröffnet werden, wenn der Fall vom Gericht ausdrücklich als Kriegsfall betont wurde. In allen anderen Fällen soll das Verfahren ruhen bis nach Beendigung des Krieges, und die Klage mit als zurückgegangen, wenn dann nicht innerhalb eines Monats die Weiterführung des Verfahrens beantragt wird.

Zur Zivilrechtsverfahren sollen bürgerliche Rechtsstreitigkeiten in erster Instanz durch Einzelrichter an Stelle der Zivilkammern entschieden werden, und zwar kommen als Einzelrichter in erster Linie Landgerichtspräsidenten und Landgerichtsdirektoren in Frage. Unter Umständen können auch Oberlandesgerichtsräte zu Hilfsrichtern bei dem Landgericht bestellt werden. Der Entwurf hat Wert darauf, daß als Einzelrichter nur ältere erfahrene Richter Verwendung finden sollen. Zur gütlichen Beilegung von Rechtsstreitigkeiten soll außerdem das Sühneverfahren eine erhebliche Ausdehnung erfahren, insbesondere soll dieses Verfahren vom Arbeitszwang befreit bleiben.

Allerlei.

Ein schweres Grubenunglück ereignete sich auf Zeche Hannover bei Gelsenkirchen. Das Seil eines Transportkorbes riß, und der Korb stürzte in die Tiefe. Sechs Bergleute, die sich in dem Korbe befanden, erlitten Lebensgefährliche Verletzungen und liegen im Krankenhause hoffnungslos darnieder.

Ein Gendarm erschossen. Gendarmerie-Oberwachtmeister Müller aus Königshofen i. Gr. wurde in Aubstadt, als er eine Mühle kontrollieren wollte, erschossen. Der 20jährige Sohn des Mühlenbesitzers ist als Täter verhaftet worden.

Ein Jahr drei Monate Gefängnis für einen Brotkartenschwindler. Ein Berliner Einwohner ist wegen fortgesetzter Fälschung polizeilicher Anmeldungen zum Zwecke der Erlangung von Brot- und Lebensmittelkarten, mit denen er dann Handel trieb, von der Strafkammer I des Königlichen Landgerichts I Berlin durch rechtskräftiges Urteil mit einem Jahre und drei Monaten Gefängnis bestraft worden.

Versammlungsberichte.

Der Verband der Zimmerer, Halle, hielt im Gewerkschaftshause seine Mitgliederversammlung ab. Nach Verlesung eines Schriftstückes vom Kriegsamt über die Hilfsdienstpflicht und von der Arbeitsnachweisstelle Talzigraenstraße 2, wo sich Arbeitslose zu melden haben, kam der Fall Kühne zur Sprache. Es wurde beschlossen, daß Kühne persönlich geladen werden soll. Weiter wurde über Teuerung und Lohnzulage verhandelt, wozu ein Antrag eingegangen war: In Erwägung, daß die Preise für Lebensmittel und Bekleidungsgegenstände aller Art sich immer noch im Steigen befinden und mit den jetzt gezahlten Lohnen in krassem Widerspruch stehen, beauftragt die Versammlung den Zahlstellenvorstand, unverzüglich mit dem Vorstand des Arbeitgeberverbandes wegen Lohnverhandlungen in Verbindung zu treten und den Zentralvorstand davon in Kenntnis zu setzen, damit er direkt mit dem Bundesvorstand in Verhandlungen eintritt, um eine Lohnzulage zu erreichen. In der Diskussion erklärten die Mitglieder, daß die Lohnzulage höchst nötig sei. Es wurde noch folgender Zusatzantrag gestellt: Der Zentralvorstand soll mit dem Arbeitgeberverband gemeinschaftlich an die Regierung herantreten, wegen einer Verbilligung der Lebensmittel. Die Anträge werden einstimmig angenommen. — Dann wurde mitgeteilt, daß Karten gedruckt werden sollen, um auf den Arbeitsstellen eine richtige Kontrolle durchführen zu können. Zum Schlusse gibt der Vorsitzende bekannt, daß die nächste Versammlung am 15. April im Gewerkschaftshause, nachmittags 3 Uhr, stattfindet und hofft, daß wieder ein guter Besuch zu verzeichnen sei.

Briefkasten der Redaktion.

G. 37. Nach Ihren Angaben möchten wir annehmen, daß die Entlassung am 12. Dezember erfolgte. Sie haben daher die Familienunterstützung bis zum 31. Dezember zu erhalten.

R. 5. Die Kosten der Internierung bezahlt der Staat. Die Weiterzahlung des Lohnes aber ist eine freiwillige Leistung des Arbeitgebers.

Verantwortlich für: Politik, Wirtschaftspolitik und Parteinachrichten Paul Hennig; Unterhaltungsbeilage, Gewerkschaftliches und Allerlei Karl Bock; Halle und Saalkreis und Aus der Provinz Wilhelm Koenen; Anzeigen Wilhelm Berzig; Verlag: Volksblatt G. m. b. H. — Druck: Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei e. G. m. b. H., sämtlich in Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219170322-14/fragment/page=0003

Walhalla-Theater.
Anfang 8 Uhr.
„Blatzheim“
der Meister des Kölner Humors.
„Eine Leutnantswohnung“.
Nur noch einige Tage!
Tageskasse von 10 bis 1½ und 4 bis 6 Uhr. 4549

Konzerthaus „Oberpollinger“.
Ecke Gr. Ulrichstrasse. Jägergasse 1.
Neue Kapelle. Täglich: Gr. Künstler-Konzert Neue Kapelle.
des beliebten Damen-Trompeterkorps: **Alt-Leipzig.**
Um regen Zuspruch bittet Frau Elsa Beth.

Zur Konfirmation
eignen sich besonders goldene und silberne Schmucksachen
Ringe, Armbänder, Ketten
Damen- u. Herren-Uhren in Silber, Tula u. Gold unter schriftlicher Garantie
Gustav Uhlig
Unt. Leipzigerstr. Uhren und Goldwaren Gegründet 1859

Böhlert, Roßschlächterei,
Glauchaerstraße 75.
Freitag: Nummer 2301—2700.
Sonnabend: Nummer 2701—3200. 4548

Max Zaubitzer. 4546
Freitag früh 8 Uhr von Nr. 301—900.

Sommersprossen
kann jeder in 10 Tagen gänzlich beseitig. Auskunft kostenlos gegen Rückmarke. *1706
Frau Erna Brandenburg-Loessin, Berlin N. 65

Füßlinge, 4545
schwarz und braun, im Kaufhaus H. Elkan, Leipzigerstraße 87.

Apollo-Theater.
Täglich Punkt 8 Uhr:
Hartstein
in seinem vornehmsten und besten Schlager:
Der lustige Witwer.
Vorher: 4544
Das neue, elegante Programm!
Freitag, den 30. März 1917:
Letzter Hartstein-Abend.

Amtliche Bekanntmachungen.

Oeffentliche Aufforderung an die Hilfsdienstpflichtigen zur Meldung zum Vaterländischen Hilfsdienst.

Auf Grund der hiermit in Bezug genommenen Bundesrats-Verordnung vom 1. März 1917, betr. Bestimmungen zur Ausführung des § 7 des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst, wird folgendes bestimmt:

I. Alle nicht mehr landsturmpflichtigen, männlichen Deutschen, welche in der Zeit nach dem 30. Juni 1857 und vor dem 1. Januar 1870 geboren sind und in Halle ihren Wohnort haben, werden aufgefordert, sich persönlich oder schriftlich bei unterzeichneter Stelle in folgender Weise zu melden:

a) **Die Hilfsdienstpflichtigen, die sich persönlich melden wollen,** haben sich zur Abgabe der für die Ausfüllung der Meldekarten erforderlichen Angaben im Städtischen Arbeitsamt, Salzgrafenstr. 2, einzufinden, und zwar:

die Jahrgänge	1857	1858, 1859	am	24. März	1917.	Zeit:	8-1 u. 3-6	Uhr
„ „	1860	und 1861	„	26. „	„	„	8-1 u. 3-6	„
„ „	1862	und 1863	„	27. „	„	„	8-1 u. 3-6	„
„ „	1864	und 1865	„	28. „	„	„	8-1 u. 3-6	„
„ „	18 6	und 1867	„	29. „	„	„	8-1 u. 3-6	„
„ „	1868	und 1869	„	30. „	„	„	8-1 u. 3-6	„

b) **Die Hilfsdienstpflichtigen, die sich schriftlich melden wollen,** haben bis zum 30. März 1917 die Meldekarte, die sie an den obengenannten Tagen zu den angegebenen Stunden im Städtischen Arbeitsamt, Salzgrafenstraße 2, in Empfang nehmen können, ordnungsmäßig auszufüllen und bis spätestens 30. März 1917 an das Städtische Arbeitsamt, Salzgrafenstraße 2, einzusenden.

II. **Von der Aufnahme in die Nachweisungen der Hilfsdienstpflichtigen und von der Meldepflicht sind ausgenommen** die Personen, welche mindestens seit dem 1. März 1917 selbständig oder unselbständig im Hauptberufe tätig sind:

1. im Reichs-, Staats-, Gemeinde- oder Kirchendienst,
2. in der öffentlichen Arbeiter- und Angestellten-Versicherung,
3. als Aerzte, Zahnärzte, Tierärzte oder Apotheker,
4. in der Land- und Forstwirtschaft,
5. in der See- oder Binnenfischerei,
6. in der See- oder Binnenschiffahrt,
7. im Eisenbahnbetrieb einschl. der Klein- und Straßenbahnen,
8. auf Werften,
9. in Berg- und Hüttenbetrieben,
10. in Pulver-, Sprengstoff-, Munition- und Waffenfabrikation.

Von dem Rechte, noch weitere kriegswichtige Betriebe zu bezeichnen und die von ihnen beschäftigten Personen von der Aufnahme in die Nachweisung der Hilfsdienstpflichtigen und von der Meldepflicht zu befreien, hat die Kriegsamtstelle keinen Gebrauch gemacht.

b) **Gibt ein hiernach von der Meldepflicht Befreiter seine Tätigkeit auf** oder wechselt er seine Beschäftigungsstelle, so hat er sich spätestens am dritten darauffolgenden Werktage im städtischen Arbeitsamt, Salzgrafenstraße 2, persönlich zu melden und die für die Ausfüllung der Meldekarte erforderlichen Angaben zu machen. Die Meldung hat am Wohnort, bei dessen Wechsel am neuen Wohnort zu erfolgen. Sie kann auch schriftlich unter ordnungsmäßiger Ausfüllung der vorgeschriebenen Karte, die an der bereits oben bezeichneten Stelle in Empfang genommen werden kann, spätestens am dritten darauffolgenden Werktage erfolgen.

Außerdem hat der Arbeitgeber, wenn ein bisher von der Meldepflicht Befreiter seine Tätigkeit bei ihm aufsteht, dies spätestens am dritten darauffolgenden Werktage dem zuständigen Einberufungs-Ausschuß mitzuteilen. Bei Beschäftigungen im Reichs-, Staats-, Gemeinde- oder Kirchendienste hat der unmittelbare Vorgesetzte die Mitteilung zu machen.

b) **Gibt ein in die Nachweisung der Hilfsdienstpflichtigen Aufgenommener seine bisherige Tätigkeit auf oder** wechselt er seine Beschäftigungsstelle oder seine Wohnung, so hat er dies spätestens am dritten darauffolgenden Werktag dem zuständigen Einberufungs-Ausschuß mitzuteilen. Dabei ist seine neue Tätigkeit, Beschäftigungsstelle oder Wohnung anzugeben.

III. Mit Gefängnis bis zu drei Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 600 Mark wird bestraft, wer bei der Meldung wissentlich unwahre Angaben macht.

Mit Geldstrafe bis zu 150 Mark oder mit Haft wird bestraft, wer die vorgeschriebenen Meldungen oder Mitteilungen schuldhaft unterläßt.

Halle, 21. März 1917. **Der Magistrat.**

Mitbürger! Helfet die Vorräte strecken!

Wer entbehrliche Kleidungsstücke, Wäsche, Uniformen und Schuhwaren hat, liefere sie entgeltlich oder unentgeltlich an die

Altkleiderverwertungsstelle der Stadtgemeinde Halle, Leipzigerstraße 17, Fernruf 5998,

ab. Dort werden dieselben desinfiziert, für den Gebrauch hergestellt und dann gegen Erstattung des Erwerbspreises und der entstandenen Unkosten ohne Gewinn an die minderbemittelte Bevölkerung abgegeben.

Der Magistrat der Stadt Halle.

Städtischer Eierverkauf.

Städtischer Eierverkauf in der Talamtschule: Freitag den 23. März 1917.

Zum Kauf berechtigen die Nummern der Lebensmittelscheine 10001—18000, und zwar von 8—12 Uhr vormittags die Nummern 10001—14000, von 2—6 Uhr nachmittags die Nummern 14001 bis 18000. Für **den Kopf** des Haushaltes werden **zwei Eier abgegeben zum Preise von 34 Pfennig für das Stück.**

Der Lebensmittelschein ist vorzulegen.

Zur Beschleunigung der Abfertigung wolle man **abgezähltes Geld (vor allem Kupfergeld) bereithalten!**

Umtausch nur innerhalb drei Tagen.

Halle, den 22. März 1917. **Der Magistrat.**

Die Ehefrau **Ida Naue** geb. Trautmann in Halle ist durch rechtskräftiges Urteil der 1. Strafkammer des Königlichen Landgerichts hier vom 20. Februar 1917 wegen Nahrungsmittelverbrechens und Kriegswuchers, Vergehen gegen das Gesetz vom 23. März 1916, zu einer Geldstrafe von 10 Mark oder 2 Tagen Gefängnis verurteilt worden.

Halle, den 17. März 1917. **Die Polizei-Verwaltung.**

Gegen die Handelsfrau **Emilie Fister** geb. Ebert aus Halle ist durch rechtskräftigen Strafbefehl des Königlichen Amtsgerichts in Halle vom 16. Februar 1917 wegen Uebertretung des Höchstpreisgesetzes, Vergehen gegen die Bekanntmachung des Bundesrats vom 28. Juli 1915 und 23. März 1916, eine Geldstrafe von 30 Mark oder 6 Tagen Gefängnis festgesetzt worden.

Halle, den 17. März 1917. **Die Polizeiverwaltung.**

Alte Promenade 11a. U.T **Leipzigerstrasse 88.**
Fernsprecher 5738. Fernsprecher 1224.

„Die Gruben-Katastrophe“
Bergwerksroman in 4 Akten von Heinz Carl Heiland.
In der Hauptrolle: **Hanni Weisse.**
(Die Aufnahmen unter Tag sind 700 Meter unter der Erde in einer grossen Eisenzeche gemacht.)
Vorführung: 5¹⁰ 7⁰⁰ 9³⁰ Uhr.

„Drei Käse hoch“
Reizendes Lustspiel
In der Hauptrolle: **Knoppohen.**

Unsere Schutztruppe im Kriege
Interessante Aufnahmen.

Waldemar Psilander
in:
„Die Nihilit-Explosion“
Spannendes Drama.
Vorführung: 5²⁰ 7³⁰ 9⁴⁰ Uhr.

„Ein delikater Auftrag“
Erstklassiges Lustspiel.
In der Hauptrolle:
Herbert Paul Müller.
Vorführung: 4³⁰ 6⁴⁰ 8⁵⁰ Uhr.

In beiden Theatern:
Die neuesten Kriegsberichte.
„Der feldgraue Pfennig“.
Ein reizendes Filmspiel. 4552

Gegen die Handelsfrau **Berta Rahrstedt** geb. Tretropp aus Halle, Kl. Sandberg 10, ist durch rechtskräftigen Strafbefehl des Königl. Amtsgerichts hier vom 25. Februar 1917 wegen Uebertretung des Höchstpreisgesetzes, Vergehen gegen die Bekanntmachung des Bundesrats vom 20. Oktober 1916, eine Geldstrafe von 50 fünfzig — Mark, oder 10 — zehn — Tagen Gefängnis festgesetzt worden.

Halle, 17. März 1917. **Die Polizei-Verwaltung.**

Arbeitsmarkt

Geschirrführer, auch Kriegsinvalid. sucht **Hallesches Kohlenwerk.** *1707

Maurer, Arbeiter und Arbeiterinnen
werden auf 4519
Baustelle Leunawerke bei Merseburg
eingestellt.
Carl Lingesleben, Baugeschäft, Baubureau Leunawerke.

Eine zuverlässige
Zeitungsträgerin
für
Eisdorf
sucht der
Verlag Volksblatt,
Halle, Harz 42 44,
zum 1 April.
Meldungen sind schriftlich an die bezeichnete Adresse oder an den Genossen **Max Faust** in **Eisdorf** zu richten.

Stadt-Theater Halle
Direktion: **Leopold Sachse.**
Freitag den 23. März 1917:
Brüderlein fein.
Altwiener Singspiel in 1 Aufzug von Leo Fall.
Hierauf: 4432
Die Puppenfee.
Ballett-Pantomime von J. Haßreiter und F. Gaul. Musik von Josef Bayer.
Sonnabend den 24. März 1917:
Carmen.

80 Pfg.
Kopf-Wäsche
mit Frisur.
Zöpfe
zirka 3000 Stück am Lager von 3, 4, 5, 6, 8, 10, 12 bis 30 Mk. Versand nach Einsendung einer Haarprobe. 4551
Zopf-Siebert
Halle, nur Leipzigerstr. 33 u. 79 I.
Kern- und Feinseife
vorrätig.

Damenbinden
Irrigateren m. Spülapparate.
C. Klappenbach, Halle,
Fachgeschäft für sanitäre Artikel.
Gr. Ulrichstr. 41.

Zigarren, Zigaretten u. Tabake
in großer Auswahl
F. empfiehlt
Ed. Jungmann
Thomasiusstraße 38/39.
Ecke Rud. Haymstraße.

1 Schlipsnadel
verloren gegangen. Abzugeben *1708 Am Kirchtor 13.

Wohnungs-Anzeigen
J. Frau m. 4jähr. K. M. i. F. sucht Wohnung 1. 5. oder 1. 7. bis 75 Thlr., ev. Hausm.-Wohn. Off. u. W. 6. 478 a. d. Exp. d. H. erb. 4547

Maurer, Zimmerer und Arbeiter
sofort gesucht. Näheres *1702
Baugeschäft W. Bode, Reilstr. 89.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219170322-14/fragment/page=0004

Halle, 22. März.

Unterhaltungs-Beilage

des Hallischen Volksblattes.

Nummer 69 — 1917

33] **Der arme Buchbinder.**

Roman von Hermann Horn.

Nachdr. verb.

Der Getragte schwieg und ertrug ungeduldig den forschenden Blick des Geistlichen.

„Sie müssen nach der Gnade suchen, die Ihnen die Religion verbürgt, lieber Stettner. Die erschließt Ihnen den wahren Reichtum und den Sinn des Lebens. Haben Sie die darum, haben Sie auch das Glück. Aus Ihrer Schulzeit kennen Sie vielleicht noch den Spruch, der da lautet: Und hätte der Liebe nicht, so wär ich ein klingendes Erz und eine tönende Schelle. Das will praktisch heißen, unterwerfen Sie sich der Folge Ihrer Tat, die Sie vielleicht nach dem unerforschlichen Willen und Beschluß Gottes nie ganz in ihrer Zusammensetzung verstehen und erfassen werden, und fügen Sie sich dem Leben. Dann erst kann Ihnen die Arbeit zum Segen werden. Haben Sie schon über Ihre Tat nachgedacht, Stettner?"

„O ja, ich habe nachgedacht und eingesehen, daß das Gericht etwas ganz anderes herausgebracht hat, als es war, und daß ich eingesperrt wurde, weil man nicht stehlen soll. Und daß das Einsperren wenig Wert für mich hat, und daß ich ein Auge verloren habe. — Und vor allem habe ich eingesehen, wie erbärmlich die Zustände sind, daß man sie für Unsinn annehmen muß, wes Natur ist, und darüber zum Verbrecher wird."

„Ja, also nur weiter, nur weiter," sagte der Geistliche, „sprechen Sie sich aus."

Über der Buchbinder schwieg jetzt wieder und zuckte die Achseln.

„Später," sagte der Geistliche, „können wie vielleicht noch näher auf Ihre Tat eingehen. Aber sehen Sie, wenn Sie den Zusammenhang mit Gott hätten, so betrachteten Sie — oder Sie könnten lernen, diese Tat und Ihre Beirafung als eine Läuterung zu betrachten, die Sie Gott nur näher bringt. Gott gibt Ihnen die ungeheure Zuversicht, daß Sie sich durch alle Schmerzen ihm nur nähern."

Hier schwieg der Sprechende, weil er an dem Sträfling eine eigentümliche Veränderung der Gesichtszüge entdeckte.

„Was haben Sie, Stettner? — Sagen Sie es, wenn es auch nicht schön klingt."

Der Buchbinder schüttelte den Kopf.

„Ich bin nicht Ihr Richter, ich bin als Ihr Seelenhirte hier, mit dem gemeinsam Sie sich läutern und entwickeln sollen."

„Dann," sagte der Strafgefangene mit einem harten Lachen, „sollten sich der Herr Pfarrer hier zum Leiden einsperren lassen."

„Das war keine schöne Antwort, Stettner."

Der Buchbinder bemerkte, wie der Geistliche ihn überlegend und im Zweifel, was jetzt zu tun sei, betrachtete, und daß er vom Sprechen in den Mundwinkeln einen eigentümlichen, weißen Schaum hatte.

„Nein, Stettner, das war keine schöne Antwort, jeder erleidet in seinem ihm von der Vorsehung vorgeschriebenen Kreise sein eigenes Leid, durch das er sich hindurchringen muß — in Gott finden wir uns dann alle."

„Also," sagte der Gefangene, „der eine leidet, weil er zu viel ißt und trinkt, der andere weil er hungert —"

Der geistliche Herr sah Leopold Stettner wieder beobachtend an.

„Auf diese Weise," sagte er, „können wir unmöglich miteinander reden, Strafgefangener. Ein wenig guten Willen müssen Sie schon haben. Ich werde mir überlegen, wie ich Sie zu behandeln habe. Menschen können nur miteinander reden, wenn sie den Willen haben, sich gegenseitig zu verstehen. Lesen Sie fleißig im Neuen Testament, hören Sie, was man bei den Andachten sagt. Ich werde mir einmal Ihren Fall eingehend betrachten."

In der Einsamkeit seiner Nächte, in der dunklen Zelle sprach Leopold Stettner oft mit dem Pfarrer und hielt Reden an ihn.

„Nun, Herr Pfarrer antworten Sie nicht? Warum verlassen Sie nicht Ihre Habe und folgen Christus nach? Soll ich's Ihnen sagen? Weil Sie davon leben! Jesus Christus könnt Ihr so wenig erfassen wie die andern mich erfassen können, weil Ihr alle nicht erlebt habt, was Jesus Christus erlebt hat und was ich erlebt habe.

So können wir nicht miteinander reden, meinen Sie? — Das glaube ich. Sie wollen, daß ich für schön und gut halte, was Ihr sagt. Ihr sollt der hochwohlgeborene Herr Pfarrer sein und ich der arme Teufel. — Aber ich müßte ja ein Lump sein, wenn ich nur so und Amen zu allem sagte. O nein, ich weiß auch, was ich erfahren habe.

O, mir hat sich auch der Reichtum und der Sinn des Lebens erschlossen gehabt — aber die Einrichtungen, die Ihr selbst geschaffen habt, haben es zum Unsinn gewendet.

Meinen Sie, weil ich zum Dieb geworden bin, müßte ich nun ewig bereuen? Nein, ich muß es ewig tragen, weil man mich eingesperrt hat, weil man mich nicht hat sterben lassen, weil man unfähig war, die Wahrheit herauszubekommen, weil ich kein Geld hatte, noch einmal verhandeln zu lassen.

Das wäre alles anders gekommen, wenn Frau Rose nicht vielleicht ein zweites Kind getragen hätte — oder wenn nicht die Depesche gekommen wäre.

Damit haben die, die jetzt reich und vornehm sind, ihr Geld erworben? Durch den Betrug und Raub ihrer Vorfahren.

Ja, ich bin ein Dieb gewesen — aber nicht, weil ich ein gemeiner Mensch bin — nein, nein — aus dem Gegenteil, weil ich etwas wollte — etwas — etwas das Schönste — das Herrlichste. —

Solche und ähnliche Worte glühten seine Phantasie im gebetenen aus.

Wenn aber der Pfarrer kam, fand er nichts davon und gab knappe Antworten, verstummte vor der überlegenen Ruhe des sprech- und ausdrucksgewandten, klugen Mannes.

„Nun habe ich Ihren Fall studiert," sagte der geistliche Herr bei einem seiner nächsten Besuche. „Ich bin älter wie Sie, Stettner, ich habe mehr gelernt und mir sind schon viele Unglückliche im Leben begegnet. Vielleicht hören Sie da mein Urteil an und beschäftigen sich damit. Mir scheint, Sie sind von zu Hause aus ein Mensch mit zarten Empfindungen gewesen. Wahrscheinlich haben Sie sich künstlich in die Höhe gescheudt, wie Sie ein Dichter werden wollten, und haben sich ganz jenen Kreisen entfremdet, zu denen Sie durch Arbeit und Abstammung gehörten. Und als Sie merkten, daß es mit dem Dichten nicht so einfach ging, und auch an Ihrem Berufe keine Freude mehr hatten, schwebten Sie in der Luft und waren wurzellos. Nur so konnte die Geschichte mit dieser Frau Sie so ganz haltlos finden und Sie zu diesem Verbrechen führen, das allerdings von einem seltenen Raffinement war. Von Anfang an hat Ihrer schwachen Natur der Halt in Gott gefehlt, Stettner, und nur durch ihn, durch den Glauben an Jesus Christus, der alle Schuld auf sich genommen hat, können Sie wieder etwas werden. Ich glaube, daß Sie die Fähigkeit zum religiösen Menschen in sich haben. Wenn Sie unter die Hergangenheit einen Strich machen und Gott um die Kraft bitten, in Ihrem Beruf wieder durch Arbeit einen neuen Halt zu gewinnen, werden Sie ein schönes und glückliches Leben haben. Der Buchbinderberuf hat nicht schlecht und ich kann mir sogar denken, daß dann Ihre dichterische Ader wieder Nahrung und Ihnen wie vielleicht auch anderen Menschen Freude bereiten kann."

Da fiel dem Buchbinder etwas ein, was er bisher noch gar nicht bedacht hatte.

„Der Arzt," sagte er, „hat mir geraten, mich nach einem anderen Beruf umzusehen, vielleicht als Erdarbeiter oder als Gärtnergehilfe. Mein eines Auge macht die Arbeit in der Buchbinderei nicht mehr. Dazu muß man scharf sehen."

„Nicht?" fragte der Pfarrer etwas betreten. „Nun, auf jeder Arbeit ruht der Segen Gottes, wenn sie in seinem Sinne getan wird."

„Wenn Sie glauben," sagte der Sträfling, „daß Gott mir diesen Weg zeigen hätte wollen, warum hat er's dann zugegeben, daß ich das Auge verloren habe? Der, der mir's ausgeworfen hat, hat seines verloren. Und er hat mir erzählt, er hätte einen Mord begangen und ist jetzt durchgebrannt, sich das Geld zu holen, das er dabei geraubt und vergraben hat, und jetzt ist er wohl schon nach Amerika durch."

„Der," fragte der Geistliche abgelenkt, „war das denn — der Sträfling da bei Ihnen? — Er hat sich doch gut geführt und seine Tat ehrlich bereut?"

Da erzählte der Buchbinder höhnisch von dessen Reden und wie er alles nur aus Schlauheit getan hätte.

„Nun," erwiderte der Pfarrer, „sein Stündlein wird kommen, wenn es so ist, wie das Ihre kommen wird, Stettner. Wenn es nur dann nicht zu spät sein wird bei Ihnen."

„Ich meine doch, in der Bibel stehe, es sei nie zu spät."

(Fortsetzung folgt.)

Brot . . .!

Aus den Vorlagen der russischen Revolution 1917.

Nach dem Russischen von W. P. Larsen.

Durch die enge, schmutzige Gasse schlängelte sich eine schier unübersehbare Menschenkette dahin. Das Thermometer zeigte 30 Grad und der Schnee lag hoch, aber trotzdem machte die finstere Gasse den gleichen abstoßenden, schmutzigen Eindruck wie zu allen anderen Jahreszeiten, ja es war, als sei aller Unrat, der sich in ihren Rinnsteinen herumtrieb, in der eisigen Kälte zu großen Massen zusammengefroren, um die Luft mit seinem Gestank nur um so besser verpesten zu können.

Die Gasse war die Hauptstraße von Peschi, dem Armenviertel von Petersburg, und die Hunderte von Frauen, die sich in ihr aufgestellt hatten, warteten nun seit Stunden bereits zähneklappernd im Februarfrost, um von der Verteilungsstelle ihren knappbemessenen Anteil an Brot zu bekommen.

Oh, es ging ihnen in diesem Winter in der Tat unerträglich schlecht! Wie lange mochte es schon her sein, daß sie das letzte Mal einen vernünftigen Bissen gegessen hatten? Ein Jahr oder gar noch länger vielleicht. . . . Und früher hatten sie für ihr Geld wenigstens doch noch irgend etwas bekommen, aber jetzt mochten sie Geld haben oder nicht, sie bekamen doch nichts, — es wurde von einem Tage zum andern schlimmer. . . . Wie sollte das noch werden? Und wo waren all das Brot und Fleisch und die andern Sachen hingekommen? Ja, wer darauf hätte antworten können! „Für den Krieg brauchen sie's," sagten die einen. „Gestohlen haben sie's!" schrien die andern. Aber es mußte wohl doch mit dem Kriege zusammenhängen, denn erst seit der ausgebrochen war, war diese Not über das Volk gekommen.

Manchmal war einer unter der Schar der Wartenden, der die Zeitung zu lesen verstand und erzählte, nun habe Rußland gewaltige Siege über die Feinde davongetragen, und nun zeige es sich, daß niemand gegen den Zaren und seine Soldaten bestehen könne. Ganz Europa werde bald Rußland zu Füßen liegen, und dann werde man alles Geld nehmen, das die Feinde überhaupt haben, und werde es unter das Volk verteilen, und bei jedem würden die Silberrubel in den Taschen klimpern, und alle Not werde auf einmal ein Ende haben. Das mächtigste Reich von der Welt werde Rußland sein. —

Einstweilen aber hungerte man noch. Die Brotverteilungsstelle wurde erst um 8 Uhr morgens geöffnet, seit 8 Uhr abends aber standen die Wartenden bereits auf ihren Plätzen, denn jedermann wollte möglichst vornean sein, um nicht mit leeren Händen abziehen zu müssen.

Pisaweta war als eine der Ersten gekommen; sie stand unmittelbar an den Stufen, die zur Verteilungsstelle hinanführten, und dieser Gedanke wärmte sie gleichsam in der schneidenden Kälte.

Nicht ein einziges Brödchen Brot im ganzen Hause! Die Kinder, die den Tag über gebungert hatten, hatten sich, als sie ging, eins nach dem andern in Schlaf geweint, und nur Sonja, die Aelteste, hatte lange nicht einschlafen können, weil sie so furchtbar fror. Da hatten es die vier andern schon besser, die alle in ein Bett gekrochen waren, um sich gegenseitig warm zu halten. . . . Aber Sonja — nun ja, sie hatte ja eigentlich nicht einmal etwas, um sich zuzudecken, nichts als den alten, zerschlissenen Rock, den der Vater zurückgelassen hatte, als er Soldat werden und weit fortziehen mußte. Und seitdem hatte man nichts wieder von ihm gehört.

Pisaweta trat von einem Bein auf das andere und stampfte dabei flüchtig auf, um die Füße zu erwärmen. Welch eine qualvolle Kälte das doch war! Es war, wie wenn die Zungen der wartenden Frauen ihnen im Munde angefroren seien; keine sprach ein einziges Wort. Es war, wie wenn die Kälte ihnen bis ins innerste Herz gedrungen sei, um sich dort zu der Erkenntnis zu verdichten: Alle, die da neben und vor und hinter dir stehen, sind deine Feindinnen, gegen die du aus allen Kräften ankämpfen mußt, denn ein jedes Brot, das eine von ihnen davonträgt, das nimmt sie ja dir und deinen Kindern! . . . . Wenn sie nicht alle so unendlich müde gewesen wären, so wären sie vielleicht in plötzlicher Verzweiflung aufeinander losgestürzt und hätten geschrien und gekratzt, gebissen und sich gegenseitig die Haare ausgerauft; so aber standen sie schweigend und finster da und starrten aus hohlen Augen in die stille, eisige Nacht.

Im Osten zog qualvoll langsam die Morgendämmerung herauf.

Pisaweta hatte alles Vermögen, sich zu bewegen, verloren; sie fühlte ihre Glieder nicht mehr und hatte nur noch das eine Gefühl: Wenn jemand jetzt nach dir schlagen würde, so würdest du zerspringen wie ein Glasgefäß, zerspringt, der von der Höhe des Daches auf die Straße herabfällt. Aber sie fühlte doch, daß sie noch lebte, denn sie merkte, wie es sie zu schwindeln begann und wie tausend Nadeln mit unerträglichem Schmerz in ihre Haut drangen. . . . Nein, sie konnte nicht mehr länger! Und sie stieß einen Angstschrei aus und sank in den Schnee.

Die andern rechten die Hälse, um zu sehen, was da vorne los sei, aber keine machte Miene, auch nur einen Finger zu rühren: — eine Feindin weniger also! Und nun sollte ja die Brotverteilung auch bald beginnen!

Zwei Gendarmen fanden sich ein, um nach der Ordnung zu sehen, hoben die am Boden Liegende auf und setzten sie auf die Treppenstufen.

Der stechende Schmerz im Körper war vorüber, und sie hatte nur noch das Gefühl, so furchtbar, so unendlich müde zu sein und ganz, ganz stillsitzen zu wollen. Ja, es war fast, als sei die Wärme in ihren Körper zurückgekehrt, und die Sonne scheine, — halb, wie sie manchmal im Hochsommer scheint — die Sonne stechne ihr direkt in die Augen und machte lauter kleine Glocken vor ihnen aufsteigen. Und dann kam eine warme, rosa Wolke gefahren und fuhr sie aus der schmutzigen, engen Gasse heim zu den Kindern, die eine ganz warme Stube hatten und in schneeweißen Betten schliefen. Und am Tische stand jemand, der ihr den Rücken zuwandte und sich am summenden Samowar zu schaffen machte. Sie stieß einen Jubelruf aus: Petja, ihr Mann, war aus dem Kriege heimgekehrt! Ah, und wie die ganze Stube nach Tee und frischem Brote duftete. Richtig, da auf dem Tische lag ja ein ganzer Berg aufgeschnitten! Und Petja lacht sie glücklich an, dreht seine Taschen um, und heraus fällt, klirrend und klimpernd, nichts als Gold, alles Gold, das er den Feinden abgenommen hat. Nein, so glücklich war Pisaweta zeitlebens noch nie gewesen.

Die Tür der Verteilungsstelle wurde von innen geöffnet, und Pisaweta fiel mit dem Oberkörper in das Lokal hinein. Sie war tot, und über ihre Leiche hinweg drängten die andern schreiend und kreischend vor. . . .

„Brot! Brot! Brot!" schien ein einziger wilder, alles überkleidender Schrei durch die enge, schmutzige Gasse, durch die Stadt, ja über das weite, zermarterte Rußland hin zu klingen.

Kleines Feuilleton.

Joseph und die Schule.

Eine Wiener Kindergeschichte in Entschuldigungsbriefen.

Mitgeteilt von einem Lehrer.

3./11. 1916.

Geerter Herr Lehrer.

Ich bitte um Entschuldigung für den Joseph, der Herr Doktor ist erst um ½1 Uhr zu mir gekommen, dan mußte der Joseph erst in die Apoteke gehn und dort mußte er solange warten. Geerter Herr Lehrer ich bitte vielmals um eine Badekarte fürn Joseph. Ich kann sie jetzt selbst nicht haben und sie waschen ich niemals so fest wie ich Sie immer gewaschen habe so sind sie immer so schmutzig, daß ich mich schämen muß. Achtungsvoll Marie B.

13./11. 1916.

Geerter Herr Lehrer.

Ich bitte um Entschuldigung für den Joseph daß er zu spät kommt, da er sich hat wieder müssen anstein wegen Fett. Freitag hat er schon um 3 Uhr in der Nacht angestelt und ist um ¾10 zuhause gekommen mit 12 Deka Filz, dan war er so erfroren, daß ich ihm nicht konnte mehr in die Schule schiken und heute haben sich wieder beide Buben um 5 Uhr früh angestelt und sind um ¾10 Uhr gekomen und haben erst wieder gar nichts bekomen. Das ist schon zum verzweifeln. Fettkarten hat man und kein Fett ist nirgends zu bekomen.

Achtungsvoll Marie B.

23./11. 1916.

Geerter Herr Lehrer.

Ich bitte um Entschuldigung fürn Joseph, weil er später komt, er mußte um ½2 Uhr zum Herrn Doktor komen und für mich Verband holen. Hoch Achtungsvoll Marie B.

28./11. 1916.

Geerter Herr Lehrer.

Ich bitte um Entschuldigung fürn Joseph daß er Freitag die Schule nicht besuchen konnte, weil er starke Diarö hatte. Höchst wahrscheinlich hatte er sich verkühlt, der Herr Doktor sagte er soll 8 bis 9 Tage im Bett liegen es wird Ruhm allewei so schlecht, und schwindelig wird er öfter und heute ist er so spät aus der Volks Küche gekommen mit dem Essen, weil so viel Menschen angestelt waren. Achtungsvoll M. B.

2./12. 1916

Geerter Herr Lehrer.

Ich ersuche um Entschuldigung fürn Joseph daß er gestern die Schule nicht besuchen konte, weil er von 3 Uhr nachts bis ¾10 Uhr Vormittag angestelt war bei der Großschlächterei, und dan mußte er um ½ Zent Kohl anstelen weil keine Kohle zu bekomen ist nirgends und wir haben nicht ein Stück Kohle zuhause.

Achtungsvoll M. B.

4./12. 1916.

Geerter Herr Lehrer.

Ich bitte um Entschuldigung fürn Joseph, daß er zu spät in die Schule kommt, weil er seit 3 Uhr in der Nacht angestelt war wegen Fett und ist jetzt um ½10 Uhr, erst nachhause gekomen.

Achtungsvoll Marie B

Geerter Herr Lehrer.

Ich bitte um Entschuldigung fürn Joseph daß er gestern die Schule nicht besuchen konte, weil er sich mußte anstellen wegen Fett und dan um Kohle, den hab schon 8 Tage keine Kohle und kein Petroleum nicht. Ich kann mich geerter Herr Lehrer nicht anstellen mit meinem wehen Fuß. Also bin ich nur auf die armen Kinder angewieten was sie mir zuhause bringen, und jetzt war er um Kohle angestelt um 10 Uhr und jetzt um ½3 Uhr erst zuhause gekomen mit einen ½ Zentn Kohle und mehr bekomen sie nirgends.

Hochachtungsvoll Marie B

18./12. 1916

Geerter Herr Lehrer.

Ich bitte Ihnen vielmals geerter Herr Lehrer sind so freundlich und schicken sie mir den Joseph um ½11 Uhr nachhause er muß um 11 Uhr in St. Anna-Kinderspital sein das Rezept für die Medizin zum unterschreiben hintragen für die Paula.

Achtungsvollll Marie B.

Schlußbemerkung der Redaktion der Wiener Arbeiterzeitung, der diese Briefsolge entnommen ist: Wir bestehen die Briefe dieser Mutter. Wir haben sie so wiedergegeben, wie sie niedergeschrieben sind.

Marktordnungen im Mittelalter.

Eine Fischmarktordnung bestand im Mittelalter in Oldenburg. Wie heute die allgemeine Fleischknappheit, so hatten damals die ausgedehnten Fastengebote der Kirche den Bedarf und die Nachfrage der Bevölkerung nach Fischen bedeutend gesteigert. Um im Interesse der Verbraucher die Fischhändler zu zwingen, ihre Ware rasch und billig wegzugeben, erließen die Behörden eine Verordnung, derzufolge die Händler und Händlerinnen sich nicht setzen durften, solange sie noch etwas zu verkaufen hatten. Aehnliche Marktordnungen bestanden auch in Wien und Venedig, wo die Fischer sogar bloßen Fußes und unbedeckten Hauptes (in der südlichen Hitze!) stehen mußten.

Man braucht, meint die W. a. M., nicht unbedingt für die „gute alte Zeit" zu schwärmen, um anzuerkennen, daß eine ähnliche Maßregel bei manchen Lebensmittelhändlern und -Händlerinnen auch in unseren Tagen recht angebracht wäre. Sicher würde da manche Ware schneller zum Vorschein kommen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219170322-14/fragment/page=0005

Halle und Saalkreis.

Halle, den 22. März 1917.

Landwirtschaftliche Eigenbetriebe der Städte.

Stadtrat Kinne hat leider am Montag bei der Beratung über unseren städtischen Grundbesitz die völlige Einflußlosigkeit der Stadt Halle auf die Ausnutzung ihrer großen Ländereien erklären müssen. Im schroffen Gegensatz dazu sehen wir, daß in jüngster Zeit eine Anzahl deutscher Großstädte mit eigenem landwirtschaftlichen Betrieb begonnen hat, besonders durch die harten Kriegslehren dazu getrieben. Sie kaufen sich extra große Güter, oft in großer Entfernung gelegen, setzen dann Leiter ein, um den Städten so wenigstens einen Teil von Lebensmitteln zu sichern. Soll man aus diesem interessanten Vorgang auf eine Wandlung in wirtschaftlichen Dingen schließen? Werden nach mehr Städte landeigene Landwirtschaftsbetriebe kaufen und selbst betreiben? Werden die Städte, die das jetzt schon tun, die Betriebe in Zukunft vermehren und so zu eigenen großen Landwirtschaftsbetrieben kommen, oder wird dies nur als vorübergehende Erscheinung, gewissermaßen als Kriegswirkung anzusehen sein? Man wird diesem Vorgang große Aufmerksamkeit schenken müssen.

Daß die Stadt mit eigenen Landwirtschaftsbetrieben viel tun könnte, auch in Friedenszeiten schon viel Nahrungsmittel hätte schaffen können, ist oft genug nachgewiesen worden. Den Städten kämen die Errungenschaften und Hilfsmittel der Wissenschaft und der Industrie in einer ganz anderen Weise zu Nutzen und zu Hilfe als dem einzelnen Landwirt. Alles Predigen und Mahnen in dieser Richtung war umsonst. Jetzt, wo die Zeit den Lehrmeister macht, geht man, wenn vielleicht auch zögernd, daran. Aber selbst wenn die Stadtverwaltungen Lust haben, eigene Landwirtschaft zu betreiben, so werden sie vielfach noch Widerstände in den Gemeindeverwaltungen zu überwinden. Einmal kommt die grundsätzliche Gegnerschaft gegen jeden eigenen Betrieb in Frage, die in jedem eigenen Stadt- oder Staatsbetrieb ein Stück Sozialismus sieht, dann kommt die Gegnerschaft aus Interessengründen hinzu. Entweder daß die Vertreter selbst oder Angehörige und Verwandte durch derartige Stadtbetriebe geschädigt werden könnten. Was da oft für Gründe herhalten müssen, um die Gegnerschaft zu bemänteln — denn die wahren Gründe gibt man doch nicht an —, das ist wahrhaft erstaunlich. Natürlich werden alle Gründe angeführt, die nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen sind, so daß, daß die Stadtverwaltungen nicht immer die geeigneten Leitungen für landwirtschaftliche oder Industriebetriebe sind, wobei man meist auf die wenig erfolgreichen Ergebnisse vorhandener städtischer Betriebe hinweist. Statt nun aber den Ursachen nachzuspüren, die zu den geringen Ergebnissen führen, und diese Ursachen zu beseitigen, so daß gute Erfolge erreicht werden, begnügt man sich einfach mit ihrer Feststellung und — wettert gegen den Kommunalsozialismus".

Aber auch ohne eigene Betriebe hätten die Städte schon in Friedenszeiten viel mehr für die Ernährung der Bevölkerung tun können, indem sie mit Landwirten und Pächtern Lieferungsverträge abgeschlossen hätten. Besonders solche Städte, wie Halle, die schon eigenen Grundbesitz hatten, hätten ihre Pächter zur Lieferung verpflichten müssen. Die Unterlassungssünden auf diesem Gebiete müssen hier immer wieder als schweres Verhängnis festgestellt werden. Und die Forderung auf Eigenbewirtschaftung darf hier deshalb nie wieder zur Ruhe kommen. Insbesondere nicht nach der so herrlichen Erklärung des Stadtrats Kinne.

Unsere Nachbarstadt Leipzig war in glücklicherer Lage; sie hat auch seit langer, langer Zeit umfangreichen Großgrundbesitz. In der Kriegszeit hat sie sich, der Not gehorchend, auf den Weg zu eigenem Landwirtschaftsbetriebe gemacht. Zunächst sollen drei städtische Güter von der Stadt bewirtschaftet werden. Außerdem hat der Rat auch viel Land an „kleine" Leute zur eigenen Bewirtschaftung abgegeben. Für dieses Jahr hat er auch das Thonberger Gut zum Gemüsebau vorgesehen. Die Erzeugnisse sollen dem Johannishospital und dem Krankenhause St. Jakob zugute kommen. Die Aufsicht über die Bewirtschaftung soll der städtischen Güterverwaltung übertragen werden. In der nächsten Stadtverordnetensitzung wird man sich wiederum lebhaft über Landwirtschaftsbetriebe in städtischer Verwaltung beschäftigen, da es sich um die neue Uebernahme eines weiteren Gutes in städtische Verwaltung handelt.

Wann endlich wird man auch in Halle solche Fortschritte aufweisen können?

Sind Heimarbeiter gewerbesteuerpflichtig?

In verschiedenen Gemeinden werden Heimarbeiter, die nur gegen Lohn für einen Unternehmer arbeiten, zur Zahlung von Gewerbesteuern veranlagt. Das ist nicht nur eine finanzielle Benachteiligung der davon Betroffenen, sondern diese Steuerverpflichtung ist auch geeignet, die Rechtsstellung der Heimarbeiter zu verschlechtern. Zur Gewerbesteuer sollen nur selbständige Gewerbetreibende herangezogen werden, also nur solche, die ein geschäftliches Risiko tragen. Werden nun Heimarbeiter durch Veranlagung zur Gewerbesteuer zu Gewerbetreibenden „emporgehoben", so fallen die Heimarbeiter nicht mehr unter den Titel VII der Gewerbeordnung (Dienstvertrag), sondern unter den Titel VI (Werkvertrag). Das wäre insofern eine Verschlechterung, als der Lohn einer Pfändungsgrenze nicht unterworfen ist, und daß Lohnstreitigkeiten nicht vom Gewerbegericht, sondern vor ordentlichen Gerichten ausgetragen werden müssen. Auch die Krankenversicherungspflicht ist in den meisten Orten für Heimarbeiter, aber nicht für Hausgewerbetreibende geregelt.

Um diesen Verschlechterungen entgegenzuwirken, hat die Leitung des Sattler- und Portefeuiller-Verbandes den heimarbeitenden Mitgliedern nahegelegt, gegen die Veranlagung zur Gewerbesteuer Einspruch zu erheben, eh. unter Gewährung von Rechtsschutz den Klageweg zu beschreiten. Bereits vor drei Jahren hat das Landgericht Darmstadt die Ansprüche des Steuerfiskus abgewiesen und somit die Angelegenheit zugunsten der im Großherzogtum Hessen ansässigen Heimarbeiter erledigt. Auf Grund dieses Urteils wurden in Adlershof bei Berlin nach erhobenem Einspruch Gewerbesteuerveranlagungen zurückgezogen. Jedoch dem Magistrat von Neukölln hat dies Urteil nicht genügt. Der heimarbeitende Portefeuiller saß ich genötigt, Klage beim Bezirksausschuß Potsdam anzustrengen, weil er nur den Lohn für geleistete Arbeit erhielt, der auch mit den Werkstattarbeitern tariflich vereinbart ist. Nach vielen gegenseitigen Erklärungen und gutachtlichen Aeußerungen kam die Angelegenheit zur Verhandlung vor dem Bezirksausschuß zu Potsdam, der den Heimarbeiter von der Gewerbesteuer freistellte und die Kosten des Streitverfahrens dem beklagten Magistrat zu Neukölln auferlegte, und zwar mit folgender Begründung:

„Wenn auch der Kläger keine bestimmten Arbeitsstunden innezuhalten hat, er auch die Arbeiten nicht notwendig selbst zu verrichten braucht, er keiner Disziplin des Arbeitgebers unterliegt und für ihn kein Recht und keine Pflicht zur weiteren Beschäftigung oder für die Einhaltung einer Kündigungsfrist besteht, so kann er dennoch nicht als ein Hausgewerbetreibender angesehen werden, sondern er muß als Heimarbeiter gelten. Denn er hat tatsächlich die Arbeit selbst verrichtet, er erhält von der Firma die sämtlichen Zutaten, er erhält denselben Stundlohn wie die Werkstattarbeiter und arbeitet nur für diese Firma. Er ist daher nach seinen an sich unbestrittenen Angaben nicht anders gestellt wie jeder Fabrikarbeiter, nur daß er keine bestimmten Arbeitsstunden einzuhalten braucht. Da sonach der Kläger lediglich Heimarbeiter ist, so fehlt ihm die Eigenschaft eines Unternehmers, denn er trägt nicht die Gefahr des Umsatzes der von ihm hergestellten Gegenstände, sondern er liefert diese Gegenstände gegen Stücklohn, der im voraus vereinbart ist, an die Firma ab. Nur derjenige, die auf eigene Rechnung und unter eigener Verantwortung (auf eigene Gefahr) arbeitet, ist als Gewerbetreibender im steuerlichen Sinne anzusehen. Ist der Kläger sonach nicht Gewerbetreibender, so kann er auch nicht zur Steuer herangezogen werden."

Neue Bekanntmachungen.

Die Anmeldung Hilfsdienstpflichtiger hat nach einer im Anzeigenteil heute erscheinenden Verordnung in den Tagen vom 21. bis 30. März im städtischen Arbeitsamte, Salzgradenstr. 2, zu erfolgen.

Der Eierverkauf wird am morgigen Freitag in der Talamtschule auf die Nummern 10 001 bis 18 000 der Lebensmittelscheine fortgesetzt.

---

* **Die Jugendweihe** findet am Sonntag, den 25. März, vormittags 11½ Uhr, im Volkspark statt. Da die Veranstaltung pünktlich beginnt, ist es empfehlenswert, schon um 11 Uhr dort zu sein, damit durch späteres Kommen keine Störung entsteht. Die Veranstaltung bietet als Einleitung einen Prolog, verfaßt von einem Genossen im Schützengraben. Für die Weiherede ist der Genosse Eduard Bernstein-Berlin gewonnen worden. Der Arbeiter-Sängerchor hat ebenfalls, wie alljährlich, seine Mitwirkung zugesagt, so daß die Feier einer würdigen weihevollen Verlauf verspricht. Anmeldungen der Schulentlassenen werden noch an folgenden Stellen entgegengenommen: Im Arbeitersekretariat, Harz 42, I. Zimmer 5-6, in der Zeit von 11 bis 1 Uhr mittags und 5 bis 8 Uhr abends; Sonnabend nachmittag ist jedoch geschlossen. Bei Herrn Franke, Gustav-Herzberg-Straße 7, und Frau Schmidt, Wilhelmstraße 7. Die behördliche Genehmigung für diese Veranstaltung liegt bereits vor. Die Freunde der Freidenker- und Jugendbewegung werden gebeten, durch zahlreichen Besuch die Feier zu unterstützen. Es ist bereits eine große Zahl Jugendlicher, auch aus Nachbarorten, angemeldet.

* **Sparsamkeit mit Gemüsesamen** ist in diesem Jahre Pflicht für jedermann. Alle Gemüsesamen, die unmittelbar ins freie Land gesät werden, säe man recht gleichmäßig und dünn aus. Fast allenthalben wird viel zu dicht gesät. Man beachte, wieviel Raum des vollentwickelte Gemüse braucht bei dichterem Stand müssen dann nur Pflanzen ausgezogen werden, oder die Ernte ergibt kleines, unentwickeltes Gemüse. Besonders den feinen Samen der Karotten und Möhren streue man recht dünn aus, das gelingt am besten, wenn man ihn mit feinem, trockenem Sand oder Sägemehl vermischt. Ebenso sparsam sei man mit Zwiebelsamen und Steckzwiebeln. Es ist wenig bekannt, daß zwiebeln im März ins Mistbeet gesät und im Mai ins Land gepflanzt, guten Ertrag geben; damit solle man sich helfen. Auch der Samen von Erbsen und Bohnen muß sehr eingeteilt werden. Man vergesse nicht, daß die Erbse nicht frostempfindlich ist und schon vom März an ausgesät werden kann, und zwar möglichst in Zwischenräumen, damit man zu verschiedener Zeit ernten kann. Dagegen sind die Bohnen empfindlich gegen Frost und deshalb darf die Aussaat nicht vor Mitte Mai und nur bei trockenem Wetter erfolgen, damit ja kein Samen verdirbt. Es wird dabei mit wesentlich weniger Saatgut auszukommen sein, wenn man in die Stufen anstatt 4—6 nur 2—3 Bohnen legt.

* **Preistreibereien für norwegische Sardinen in Oel, Tomaten und Brühe.** Die Zentral-Einkaufsgesellschaft m. b. H., Abteilung: Zubereitete Fische, teilt unterm 12. März 1917 mit, daß im freien Handel Sardinen zu unverhältnismäßig hohen Preisen (die ¼-Dose zu 22 Millimeter oder 33 Millimeter im Kleinhandel zu 2.40 Mk. und sogar zu 5.20 Mk.) verkauft würden. — Genannte Stelle führte aus Norwegen große Posten dieser Sardinen ein und setzt sie zu Preisen ab, daß sie der Kleinhandel mit 1,05 bis 1,25 Mk. an den Verbraucher abgeben kann. Die Zentral-Einkaufsgesellschaft für zubereitete Fische hat unter einem Verteilungsschlüssel die von ihr erworbenen Sardinen dem Kleinhandel zugeteilt. Die Dosen tragen zum Unterschied von solchen, die sich im freien Handel befinden, folgende Merkmale: Kleinverkaufspreis 1,22 Mk. oder 1,10 Mk. oder 1,04 Mk. und ähnlich sichtbar angebrachte Preisangabezeichnungen, deren Entfernung strafbar und wohl auch jeder erkennbar ist. Da, wie eingangs erwähnt, auch der freie Handel große Posten dieser Sardinen erworben hat, dafür aber Preise von 1,60 Mk. und mehr zahlte, steht zu befürchten, daß der Kleinhandel auch die Sardinen der Zentral-Einkaufsgesellschaft zum gleichen Preise verkauft wie diejenigen, die er vom freien Großhandel bezogen hat. Die örtlichen Preisprüfungsstellen sollen ihr Augenmerk ganz besonders auf diese Angelegenheit richten. Um die Verbraucher an dieser Kontrolle tätig Anteil nehmen zu lassen, soll einige Male in entsprechenden Zeitabschnitten in den Tageszeitungen auf die Beachtung der Preise besonders hingewiesen werden.

* **Eine neue Verteuerung der Lebenshaltung des Arbeiters** bringt die Besteuerung der Straßenbahnen, trotzdem die Arbeiterkarte ausdrücklich als steuerfrei bezeichnet ist. Vor dieser Irreführung muß gewarnt werden. Die Arbeiterfahrscheine der Straßenbahnen — diese Gesellschaften kennen diese Ermäßigung überhaupt nicht — sind zumeist auf zwei Fahrten täglich beschränkt, vielfach auch noch auf bestimmte Stunden. Alle anderen Fahrten des Arbeiters fallen aber unter die Steuer, auch die seiner Frau beim Einbringen, Einkaufen und die Fahrten der Kinder (steuerfreie Schülerkarten sind Monatskarten). Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, allen Binnenverkehr in zusammenhängenden Industriegebieten steuerfrei zu belassen.

* **Die Entlassungsfeier der gewerblichen Fortbildungsschule** für die abgehenden Schüler findet Sonntag, den 25. März, vormittags 11¼ Uhr im Thaliasaale statt. Bei dieser Gelegenheit werden auch die Entlassungszeugnisse ausgeteilt. Sämtliche in Frage kommenden Schüler, auch die kriegsbeurlaubten, haben gemäß § 4 des Ortsstatuts zu erscheinen.

* **Stadttheater.** Heute, am Donnerstag, kommt der Trompeter von Säkkingen mit Herrn Semper in der Titelpartie zur Aufführung. Für Freitag ist die reizende Operette Brüderlein und das Ballett Die Puppenfee angesetzt. Sonnabend findet die letzte diesjährige Aufführung der Oper Carmen statt. Am Sonntag geht abends 7½ Uhr Aribdne auf Naxos von Richard Strauß zum letzten Male in Szene. Nachmittags wird zum ersten Male das erfolgreiche Lustspiel Die verlorene Tochter wiederholt.

* **Lebensmitteldiebstahl.** In der vergangenen Nacht wurde in ein in der Trotzdorfer Straße befindliches Grundstück eingebrochen. Ein großer Teil der aus der Speisekammer gestohlenen Waren wurde durch einen Polizeibeamten früh auf seinem Patrouillengange in einem Winkel der Schleusenstraße versteckt aufgefunden. Ermittlungen nach dem Täter sind im Gange.

* **Ein schmierig-schwieriger Fall.** Am 10. d. M. will ein hiesiger Viehtreiber in einer Schankwirtschaft in Glücsdorf von einem ihm unbekannten, etwa 26 Jahre alten Manne ein Faß mit etwa 1 Zentner Wagenschmiere für 25 Mk. angeboten erhalten haben. Einige Tage später soll das Faß in der betreffenden Schankwirtschaft abgegeben worden sein, wo der Viehtreiber es dann abgeholt haben will. Da es sich um gute Wagenschmiere handelt, die jetzt nicht mehr zu erhalten sein soll und für die jetzt ein Preis von 25 Mk. zu gering erscheint, muß vermutet werden, daß sie aus einem Diebstahl herrührt. Das Faß ist aus Eisenblech, 56 Zentimeter hoch, 40 Zentimeter breit, hat seitlich zwei bewegliche eiserne Griffe und einen Deckel, an dem sich auch ein Griff befindet. Falls es sich um Diebstahl handelt, wird der Geschädigte, oder wer sonst zur Aufklärung des Falles Angaben machen kann, ersucht, sich bei der Kriminalpolizei, Zimmer 56, zu melden.

Die Kreisfettstelle gibt bekannt: In der Woche vom 25. bis 31. März kommen im Saalkreis an Speisefettes zur Verteilung: 62,5 Gramm Butter für einen Versorgungsberechtigten, 62,5 Gramm Margarine außerdem an einen Schwerstarbeiter im Sinne der Bundesratsverordnung.

Burgliebenau. Fette Happen. Ein umfangreicher Lebensmitteldiebstahl ist bei einem Besitzer in Klein-Burgliebenau mittels Einbruchs verübt worden. Den unbekannten Einbrechern fielen u. a. mehrere Schinken sowie sonstige Fleisch- und Wurstwaren in die Hände.

Aus der Provinz.

Die Anmeldung Hilfsdienstpflichtiger.

Im Mansfelder Seekreis, im Querfurter und Delitzscher Kreis ist jetzt ziemlich gleichlautend folgende öffentliche Aufforderung an die Hilfsdienstpflichtigen zur Meldung zum Vaterländischen Hilfsdienst ergangen:

„Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 1. März 1917 zur Ausführung des § 7 des Gesetzes über den Vaterländischen Hilfsdienst, wird folgendes bestimmt:

Alle nicht mehr landsturmpflichtigen männlichen Deutschen, welche in der Zeit nach dem 30. Juni 1857 und vor dem 1. Januar 1870 geboren sind und im Kreise ihren Wohnsitz haben, werden aufgefordert, sich persönlich oder schriftlich bei der Ortsbehörde ihres Wohnortes in folgender Weise zu melden:

a) Die Hilfsdienstpflichtigen, die sich persönlich melden wollen, haben sich zur Abgabe der für die Ausfüllung der Meldekarten erforderlichen Angaben auf dem Amtszimmer des Gemeindevorstandes oder des Gutsvorstandes ihres Wohnortes bis zum 28. März (für Querfurt bis zum 26. März) einzufinden.

b) Die Hilfsdienstpflichtigen, die sich schriftlich melden wollen, haben bis zum 28. März 1917 die Meldekarte, die sie vorher auf dem Amtszimmer des Gemeindevorstandes oder des Gutsvorstandes in Empfang nehmen können, ordnungsmäßig auszufüllen und bis spätestens 28. März 1917 an den Gemeindevorstand oder Gutsvorstand einzusenden.

Von der Aufnahme in die Nachweisungen der Hilfsdienstpflichtigen sind von der Meldepflicht sind ausgenommen die Personen, welche mindestens seit dem 1. März 1917 selbständig oder unselbständig im Hauptberufe tätig sind: 1. in Reichs-, Staats-, Gemeinde- oder Kirchendienst; 2. in der öffentlichen Arbeiter- oder Angestelltenversicherung; 3. als Aerzte, Zahnärzte, Tierärzte oder Apotheker; 4. in der Land- und Forstwirtschaft; 5. in der See- oder Binnenfischerei; 6. in der See- oder Binnenschiffahrt; 7. im Eisenbahnbetrieb einschließlich der Klein- und Straßenbahnen; 8. auf Werften; 9. in Berg- und Hüttenbetrieben; 10. in Pulver-, Sprengstoff-, Munitions- und Waffenfabrikation.

Von dem Rechte, noch weitere kriegswichtige Betriebe zu bezeichnen und die von ihm beschäftigten Personen von der Aufnahme in die Nachweisung der Hilfsdienstpflichtigen und von der Meldepflicht zu befreien, hat die Kriegsamtstelle keinen Gebrauch gemacht.

Gibt aber ein hiernach von der Meldepflicht Befreiter seine Tätigkeit auf oder wechselt er seine Beschäftigungsstelle, so hat er sich spätestens am dritten darauffolgenden Werktag auf dem Amtszimmer der Ortsbehörde persönlich zu melden und die für die Ausfüllung der Meldekarte erforderlichen Angaben zu machen. Die Meldung hat am Wohnort, bei diesen Wechsel am neuen Wohnort zu erfolgen. Sie kann auch schriftlich unter ordnungsmäßiger Ausfüllung der vorgeschriebenen Karte, die an der bereits obenbezeichneten Stelle in Empfang genommen werden kann, hätstens am dritten darauffolgenden Werktage erfolgen. — Außerdem hat der Arbeitgeber, wenn ein bisher von der Meldepflicht Befreiter seine Tätigkeit bei ihm aufnimmt, dies spätestens am dritten darauffolgenden Werktage dem Einberufungsausschuß in Bitterfeld mitzuteilen. Bei Beschäftigungen im Reichs-, Staats, Gemeinde- oder Kirchendienste hat der unmittelbare Vorgesetzte die Mitteilung zu machen.

Gibt ein in die Nachweisung der Hilfsdienstpflichtigen Aufgenommener seine bisherige Tätigkeit auf oder wechselt er seine Beschäftigungsstelle oder seine Wohnung, so hat er dies spätestens am dritten darauffolgenden Werktag dem Einberufungsausschuß beim Bezirkskommando mitzuteilen. Dabei ist seine neue Tätigkeit, Beschäftigungsstelle oder Wohnung anzugeben.

Wer Gelegenheit bis zu drei Monaten oder mit Geldstrafe bis zu sechshundert Mark wird bestraft, wer bei der Meldung wissentlich unwahre Angaben macht. Mit Geldstrafe bis zu einhundertfünfzig Mark oder mit Haft wird bestraft, wer die vorgeschriebenen Meldungen oder Mitteilungen schuldhaft unterläßt."

Wir empfehlen den Lesern in allen Kreisen diese Aufforderung zu beachten oder sich auszuschneiden und aufzuheben, da wir sie nicht auf für jeden Kreis wiederholen können. Wir werden aber für die übrigen Kreise die Meldetermine sofort bei ihrem Bekanntwerden mitteilen, so daß jeder aufmerksame Leser genügend unterrichtet wird.

Eisdorf. Ein Volksblatt-Austräger wird wegen bevorstehender Einberufung des jetzigen Austrägers zum 1. April gesucht. Meldungen sind an den Genossen Max Faust in Eisdorf oder schriftlich an den Verlag des Volksblattes in Halle, Harz 42/44, zu richten.

Bitterfeld. Arbeiterausschußwahl. Nach den Ausführungsbestimmungen des Vaterländischen Hilfsdienstgesetzes haben die Wahlen zu den Arbeiterausschüssen jetzt stattzufinden. In der chemischen Fabrik Neu-Staßfurt hat die Wahl bereits am 15. und 16. März stattgefunden. Es waren zwei Vorschlagslisten eingereicht. Liste Nr. 1 der Gelben erhielt 54 Stimmen. Liste Nr. 2, die von den Arbeitern in einer Betriebsbesprechung aufgestellt war, erhielt 224 Stimmen. Keinen Gebrauch von ihrem Wahlrecht machten 27 Arbeiter. Die Liste der Gelben hat nur einen Vertreter, während von der Liste der freien Organisationen 7 Vertreter in den Ausschuß kommen. Es bisher in diesem Betrieb ein Arbeiterausschuß nicht bestand, kann die Arbeiterschaft mit diesem Ergebnis zufrieden sein.

Bergwitz. Tödlicher Unglücksfall. Vergangene Nacht wurde auf Station Bergwitz beim Ausrangieren des Güterzuges 7804 der Zugführer E. aus Halle so schwer verletzt, daß der Tod alsbald eintrat.

Wittenberg. Mädchenhöhere Schule. Die Aufnahme der schulpflichtig werdenden Mädchen findet am Dienstag, den 27. d. M., vorm. 9—1 Uhr im Dienstzimmer des Rektors statt.

— Beim Diebstahl erwischt. Am Mittwoch morgen wurde in einem Keller des Sattlermeisters Hille in der Kossiger Straße ein Soldat entdeckt, der sofort auf den Hausboden flüchtete, aber dort festgenommen wurde. Bei seiner Durchsuchung fand man eine gestohlene Wurst.

Torgau. Die Elbschiffahrt. Auf der Elbe hat sofort nach dem Durchgange des sächsisch-böhmischen Eises die Schiffahrt eingesetzt. Während bereits vor dem Eisgang einige Dampfer talwärts vorübergekommen waren, um von Riesa und Dresden aus einige Kähne an ihren Bestimmungsort zu bringen, kommen nunmehr auch Schleppzüge hier durch, die alsbald bergwärts ihren Weg nehmen. Auch die hiesigen Fahrzeuge rüsten zum Aufbruch.

Grünewalde. Ein Volksblatt-Austräger wird wegen bevorstehender Einberufung des jetzigen Austrägers zum 1. April gesucht. Meldungen sind an den Genossen Hymann Gröper in Grünewalde oder schriftlich an den Verlag des Volksblattes in Halle, Harz 42/44, zu richten.

Zeissen. Pockenerkrankung. Jetzt ist auch hier ein Pockenfall zu verzeichnen. Ein Bahnbeamter, der sich wahrscheinlich gelegentlich seiner Fahrten angesteckt hat, ist an den schwarzen Pocken erkrankt und liegt in seiner Wohnung darnieder. Ueber das betreffende Haus ist die Sperre verhängt. Auch dieser Fall zeigt wieder, daß nach wie vor Vorsicht geboten ist.

Langengrassau. Einen schrecklichen Tod erlitt der Arbeiter Friese aus Langengrassau, der auf dem nahen Bahnhof Ukro beschäftigt war. Er wollte einem einfahrenden Zuge ausweichen und sprang deshalb auf das Nebengleis. In demselben Augenblick kam auf diesem ein Güterzug gefahren und er wurde von der Lokomotive überfahren und getötet. Der bedauernswerte 53jährige Mann hinterläßt Frau und Kinder.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219170322-14/fragment/page=0006